

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Kurt Dörfel 4196/4198



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefon: Spandau

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 16. April 1930

Panzerkreuzer B.

Wer führt wen?

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

SPD. Als die Verhandlungen über den deutschpolnischen Handelsvertrag zu einem Ergebnis geführt hatten, fasste der ostpreussische Provinziallandtag eine Entschliessung, die die Einstellung einer ersten Rate für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 forderte. Diese Entschliessung gab der Forderung eine ungewöhnliche politische Begründung. Sie behauptete, dass der Bau eines zweiten Panzerkreuzers notwendig sei, um die Provinz Ostpreussen vor polnischen Gelüsten zu schützen. Der ostpreussische Provinziallandtag nahm damit nicht nur Stellung gegen den Beschluss der damaligen Regierung, die auch die Einstellung einer sogenannten Anerkennungsgebühr in den Etat für 1930 abgelehnt hatte, er wandte sich zugleich sehr stark gegen die allgemeinen politischen Richtlinien, die Reichsaussenminister Curtius bei seinen Verhandlungen über den Vertrag mit Polen vertreten hatte.

Der Vertreter Ostpreussens im Reichsrat, Freiherr von Gayl, der auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen steht, hat versucht, diese Entschliessung in den Reichsratsausschüssen durchzubringen. In der zweiten Lesung des Etats in den Reichsratsausschüssen ist es ihm am Montag gelungen, trotz des Widerspruchs Preussens eine Mehrheit für die Einstellung einer ersten Rate von 2,9 Millionen Mark für Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 zu gewinnen. Die Mehrheit ist zustande gekommen, weil Reichswehrminister Groener den Antrag begrüsst hat und weil er zugleich den vereinigten Reichsratsausschüssen mitgeteilt hat, dass auch der Reichskanzler Brüning einem solchen Antrag sympathisch gegenüberstehe. Herr Moldenhauer, der bei dieser Erklärung zugegen war, hat keinen Widerspruch erhoben.

Im Plenum des Reichsrats hat am Mittwoch der Berichterstatter Dr. Brecht mitgeteilt, dass sich in der zweiten Lesung für die Reichsratsausschüsse eine neue Situation diesem Antrag gegenüber ergeben hätte, weil die Regierung erklärt habe, dass sie die Annahme begrüsse und sich mit Material und Gründen für diesen Antrag des Reichsrats einsetzen werde. Damit war zwar nicht die Initiative der Reichsregierung festgestellt, wohl aber die Tatsache, dass es ihre Erklärungen waren, die zum Beschluss der Reichsratsausschüsse geführt haben. Herr Groener und Herr Moldenhauer waren beide wieder anwesend. Aber diesmal schwieg Herr Groener und Herr Moldenhauer redete. Er erklärte, die Reichsregierung werde keine Initiative entfalten, sie bäte aber den Reichsrat, nach sachlichen Gesichtspunkten zu entschliessen und sich von der Reichsregierung nicht beeinflusst zu fühlen. Die Haltung der Reichsregierung war derart, dass der Vertreter Württembergs auf das Widerspruchsvolle ihrer Erklärungen vom Montag und vom Mittwoch hinwies. Der Reichsrat hat dann einen preussischen Antrag, diese erste Rate wieder zu streichen, mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Soweit die Vorgänge. Der Tatbestand ist folgender: Herr Groener hat eine positive Erklärung für die Einstellung der ersten Rate in den Etat abgegeben,

Herr Moldenhauer hat seinerseits eine weniger positive Erklärung abgegeben, die vom Reichsrat mit Heiterkeit aufgenommen wurde. Was will die Regierung?

Wir erleben nun das Schauspiel, dass die Presse des Zentrums und der Demokraten sich mit Entschiedenheit gegen den Beschluss des Reichsrats wendet. Das Berliner Zentrumsblatt die "Germania" erklärt, dass angesichts des Zwanges zu Steuererhöhungen, zu Sparsamkeit und Einschränkung die Regierung sich nicht zum Bau des Panzerkreuzers B verleiten lassen werde. Die demokratische "Vossische Zeitung" betont, dass eine Zustimmung der Regierung zu den Reichsratsbeschlüssen eine entscheidende Wendung der Reichsregierung bedeuten würde. Beide Blätter lassen erkennen, dass die Reichsregierung dem Reichstag eine Doppelvorlage zugehen lassen werde.

Das alles ist höchst seltsam und widerspruchsvoll. Wir haben immer wieder gehört, dass das Kabinett Brüning ein Kabinett der starken Führung sei. Es fragt sich nur: Wer führt wen?

Bei den Agrarvorlagen hatten die Deutschnationalen die Führung, sie zwangen das Kabinett Brüning hinter ihre Forderungen.

Bei den Steuervorlagen waren es Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei, die ihren Willen durchsetzten und das Kabinett zu Vorlagen zwangen, die selbst bei den Regierungsparteien tiefstes Missbehagen hervorgerufen haben.

Wer führt nun hier? Bestimmt der Reichskanzler, Herr Brüning, die Richtlinien der Politik oder der Reichswehrminister Groener? Führt Herr Groener Herr Brüning oder werden sie beide geführt von dem Freiherrn von Gayl und den hinter ihm stehenden Deutschnationalen? Wie kam es, dass in der vertraulichen Sitzung der Reichsratsausschüsse, in die nur selten das Licht der Öffentlichkeit zu fallen pflegt, der Reichswehrminister den Reichskanzler für den Antrag von Gayl ins Treffen führen konnte?

Noch eigenartiger steht es um die Führerrolle, die Herr Moldenhauer, der Reichsfinanzminister, bei dieser Angelegenheit gespielt hat. Warum hat er in der Sitzung der vereinigten Ausschüsse geschwiegen? Warum hat er auf die Feststellung von Ministerialdirektor Dr. Brecht nicht geantwortet, dass der Beschluss der Reichsratsausschüsse auf die veränderte Haltung der Regierung zurückzuführen sei? Er hat diese Erklärung mit angehört - aber er ist ihr nicht entgegengetreten. Wie kam das mit Herrn Moldenhauer?

Und schliesslich: Wie stellt sich Herr Curtius, der Reichsaussenminister, zu dieser eigenartigen Entwicklung? Der Beschluss des Reichsrats, der sich der Führung des ostpreussischen Provinziallandtages angeschlossen hat, muss ihn auf das stärkste berühren. Es kann ihm schliesslich nicht gleichgültig sein, dass jene seltsame Entschliessung des ostpreussischen Provinziallandtages, die sich gegen seine Politik wandte, nunmehr den Beifall des Reichsrats gefunden hat. Die Agrarvorlagen der neuen Regierung haben ohnedies den Kurs seiner Politik bedenklich ins Schwanken gebracht - und nun noch dieses!

Wer führt wen? Man spricht in der Öffentlichkeit bereits von einem Konflikt zwischen Groener und Moldenhauer über den Panzerkreuzer. Es ist nur zu begreiflich, dass dieser Eindruck entsteht. Aber müsste ein Konflikt Groener-Moldenhauer sich nicht zu einem Konflikt Groener-Brüning entwickeln? Von einer Führung durch den Reichskanzler ist bisher wahrhaftig keine Rede! Selbst wenn das Reichskabinett beschliessen sollte, dem Reichstag in diesem Punkte eine Doppelvorlage zugehen zu lassen, wäre damit noch keine Klarheit geschaffen. Will das Reichskabinett die Einstellung einer ersten Rate für Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 dulden oder will es sie bekämpfen? Das ist die Frage, über die Klarheit geschaffen werden muss.

Dass der Reichsrat seinen Beschluss fassen konnte, ohne dass diese präzise Frage vorher geklärt worden ist, - das ist einer der stärksten Beweise, die gegen den Charakter des Kabinetts Brüning als eines Kabinetts der starken Führung beigebracht werden können!

SPD. Hamburg, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die mit grösstem Nachdruck fortgeführten Erhebungen und Ermittlungen über die Täter der Sprengstoffanschläge in Bad Oldesloe und Neumünster haben in-
zwischen zu bemerkenswerten Feststellungen geführt.

Der Chemiker Dr. August Hellmann hat unter dem Druck des vorliegenden Beweismaterials ein Geständnis dahingehend abgelegt, dass er die Anfertigung der Sprengstoffe vorgenommen und die Ausführung geleitet sowie den Sprengstoffanschlag in Bad Oldesloe mit dem gleichfalls geständigen Sattler Paul Koch ausgeführt hat. Nachdem die Lage der Gebäude usw. genau erkundet worden war, ist in der Nacht vom 14. zum 15. März 1930 die Sprengstoffladung durch Hellmann in das Gebäude eingestellt worden. Auch in diesem Falle wurde der Transport der Sprengkörper mittels Kraftwagen vorgenommen. Auf Grund des Beweismaterials, das in den nicht zur Explosion gekommenen Sprengladungen vorgefunden werden konnte, waren Einzelermittlungen angestellt worden. Sie ergaben, dass die Handkoffer mit den Sprengladungen zunächst bei den Gepäckaufbewahrungsstellen Hamburg-Dammtor, später Altona-Hauptbahnhof und Hamburg-Hauptbahnhof hinterlegt worden waren. Ferner konnten die Geschäfte, in denen das Einzelmaterial gekauft wurde, festgestellt werden. Der Zugriff selbst erfolgte, nachdem festgestellt wurde, dass Koch die bei der Herstellung der Sprengladungen verwandten Druckknöpfe bestimmter Art in einem Hamburger Geschäft gekauft hatte, was er zunächst bestritt, und nachdem in einer Werkstatt die gleichen Bretter, wie sie in den Sprengkoffern zum Befestigen verwandt waren, vorgefunden worden waren.

Einwandfrei steht fest, dass die Anschläge in Bad Oldesloe und Neumünster von einem Täterkreis ausgeführt wurden und die Sprengladungen auch zur gleichen Zeit, nämlich am 15. März, 3 Uhr, zur Explosion gelangen sollten. Inzwischen sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden, über die jedoch im Interesse der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung vorläufig noch nicht berichtet werden kann.

SPD. In der K.P.D. geht es seit Monaten drunter und drüber. Neuerdings ist neben der "linksopportunistischen" Merkergruppe eine Gruppe der "linken Versöhnler" aufgetaucht. Das sind Parteikommunisten, die ein offenes Auftreten für die bisherige Merkerlinie als gefährlich für ihr Mandat oder ihre Parteistellung ansehen. Aus diesem Grunde gibt die oppositionelle "Arbeiterpolitik" folgendes "bisher noch nicht erreichte Farbenspiel der fraktionellen Skala" in der heutigen KPD:

"Wer also in Zukunft in der Parteidiskussion noch mitreden will, beachte die Skala: linke Opportunisten- linke Versöhnler, Repressionisten, - Dulder- rechte Versöhnler- rechte Opportunisten- linke Sozialfaschisten, rechte Sozialfaschisten, - kleine Zörgiebels, grosse Zörgiebels usw. Jeder-
mann kann sich nach eigenem Bedarf aus der Presse der KPD weitere Gruppierungen zusammenstellen."

Ein herrliches Durcheinander und eine niedliche Illustration zu dem kommunistischen Geschrei nach der Einheitsfront!

SPD. Paris, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Saarverhandlungen, die sich seit Monaten hoffnungslos auf der gleichen Stelle bewegen, werden über die Ostertage wieder einmal unterbrochen werden. Nach Ostern werden zunächst die Grubenkommission und die Zollkommission ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

SPD. Paris, 16. April (Eig. Drahtb.)

In den deutsch-französischen Saarverhandlungen, die in der letzten Zeit ein wenig in den Hintergrund der politischen Interessen gerückt waren, ist jetzt eine erfreuliche Wendung eingetreten. Das Haupthindernis einer Verständigung war bisher die französische Forderung, dass die Saargruben nach der Rückkehr des Mandatsgebietes aus dem Besitz des preussischen Fiskus an private deutsche und französische Gesellschaften in Form eines Kondominiums übergehen sollten. Diese französische Forderung, deren Unterstützung gewisse deutsche schwerindustrielle Kreise mit ihrer nationalen Gesinnung glaubten vereinbaren zu können, wurde von der französischen Verhandlungsdelegation bisher als unerlässliche Bedingung für alle anderen Fragen gestellt. Da aber diese Forderung von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden war, waren die Verhandlungen seit Monaten auf dem toten Punkt angelangt und man erwog bereits den Gedanken, sie auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Mit umso grösserer Genugtuung ist es daher zu begrüßen, dass nach den letzten Verhandlungen zwischen dem deutschen und französischen Delegationsführer eine Wendung wenigstens für die Methoden der weiteren Verhandlungen angebahnt wurde, indem sich Frankreich bereit erklärte, die oben erwähnte Frage wenn auch noch nicht prinzipiell fallen zu lassen, so doch vorderhand zurückzustellen, um den Weg für eine Einigung freizugeben. Als deutsche Gegenleistung für dieses Entgegenkommen, dessen prinzipielle Bedeutung mit allem Nachdruck hervorgehoben zu werden verdient, wurde unter allen Vorbehalten die Möglichkeit in Erwägung gezogen, dass das Deutsche Reich nach dem Rückkauf der Gruben die von der französischen Grubenverwaltung abgeschlossenen Pachtverträge mit verschiedenen lothringer Gruppen, so mit der "de Wendel" und der "Sarre et Mosel" im Warndt, bestehen lässt. Praktisch würde eine solche Lösung in der Form in Erscheinung treten, dass die erwähnten Gesellschaften von lothringischer Seite her für die Dauer der Pachtverträge die Kohle-Förderung betreiben können.

Diese und andere, mit der vorzeitigen Rückgabe des Saarbeckens verknüpften, zum Teil ausserordentlich komplizierten Fragenkomplexe werden sofort nach Ostern von zwei Unterkommissionen erörtert werden. So soll insbesondere hinsichtlich des Rückkaufspreises eine Einigung dadurch angestrebt werden, dass eine deutsch-französische Sachverständigenkommission eine gemeinsame Befahrung der Gruben zur Feststellung der Substanzverluste und Inventuraufnahme vornimmt. Besonders schwierig ist die Aufgabe der Zoll- und Wirtschaftskommission, die sich mit der Frage der Zollregelung während des Übergangsregimes zu befassen hat. Soweit die Umriss der künftigen Lösung, die wenigstens in grober Annäherung schon heute feststellbar erscheinen, erkennen lassen, wird es hier zu einem Kompromiss kommen, dergestalt, dass das Saarbecken zwar politisch dem Deutschen Reiche angegliedert, zöllpolitisch aber bis 1935 noch zu Frankreich gehören soll. Für das wirtschaftliche Übergangsregime nach 1935 dürfte voraussichtlich durch eine ausbalancierte Kontingentierung der Ein- und Ausfuhr des Saargebietes und vor allem seines Aussenhandels mit Lothringen eine Lösung gefunden werden.

Alles in allem kann man hoffen, dass durch den grossen Ruck nach vorn, den die Verhandlungen der letzten Tage erhalten haben, eine endgültige Lösung aufgrund der oben zitierten Umriss etwa Mitte des Sommers erfolgt und die September-Tagung des Völkerbundes in der Lage ist, die getroffenen Abmachungen zu bestätigen.

SPD. Das bereits vom Kabinett Hermann Müller festgelegte Ostprogramm hat im Kabinett Brüning-Schiele grundsätzliche Veränderungen erfahren. Bemerkenswert ist, dass jetzt nicht mehr das Reichsinnenministerium für das Programm federführend ist, sondern das Reichsernährungsministerium, also der Reichsland-

bundführer Schiele. Damit dürfte das Ostprogramm mehr und mehr zu einem Glied in der Subventionspolitik des Reichsernährungsministers werden.

Das ursprüngliche Ostprogramm bezog sich auf anerkannte Notstandsgebiete. Hier sollte die Hilfe stossweise einsetzen. Schiele hat die Ostprovinzen ganz allgemein in das Notprogramm einbezogen. So werden am Notprogramm Gegenden beteiligt sein, die man unmöglich als Notstandsgebiete ansprechen kann. Es wird eben nach der Melodie gewirtschaftet: Warum soll beispielsweise der Grossagrari in Mecklenburg keine Subvention bekommen, wenn sie sein Standesgenosse in Ostpreussen bekommt? Schiele macht den Grossagrariern den Weg zur Staatskrippe frei. Man liebt die Republik nicht, aber ihre Subventionen nimmt man gerne.

Das von der Regierung Müller festgelegte Ostprogramm war als Rationalisierungsprogramm anzusprechen. Es wollte der Krise im Osten zuleibe gehen durch Aufforstung der wirtschaftlichen Tätigkeit, indem man die landwirtschaftlichen Betriebe wieder rentabel machte und die Industrien im Osten belebte. Damit war ein grosszügiges soziales Programm verbunden, das zunächst Arbeitsbeschaffung bedeutete und in Zukunft eine Steigerung der Arbeitsleistung bzw. der Produktivität verbürgte. Charakteristisch war für das alte Ostprogramm die Verbesserung des Verkehrs, Ausbau von Landstrassen und Eisenbahnen, um dem Osten Blut zuzuführen und Absatzgebiete zu schaffen. Ganz richtig ging das Rationalisierungsprogramm von der Verbesserung der Transportmöglichkeiten aus; denn schliesslich ist die Krise im Osten eine Absatzkrise.

Mit diesen Gedanken bricht das Schielesche Programm völlig. Die von der Regierung Brüning-Schiele geplanten Massnahmen sind vorzugsweise auf eine Lastensenkung der Landwirtschaft, auf die Besitzbefestigung und die Umschuldung zugeschnitten. Hier geht das neue Programm weit über die in dem früheren Plan vorgesehenen Massnahmen hinaus. Gerade die Besitzerhaltung im Osten bedeutet aber die Subventionierung bankrotter Agrarier. Man wird Betriebe, die pleite sind, noch eine Zeitlang über Wasser halten. Das wird dem Reich Millionen über Millionen kosten, mit dem Erfolg, dass die Rationalisierung im Osten unterbunden und die Krise nicht vermindert, sondern gesteigert wird. Andererseits hat man das soziale Programm völlig fallen lassen. Was braucht auch der Landarbeiter im Osten Wohnungen? Das Reich hat wohl Gelder für die Grossagrari, aber nicht für den Bauern und den Landarbeiter.

Das Ostprogramm in der Form, wie es durch Schiele geworden ist, ist kein Programm der Hilfe für den Osten.

SPD. Brüssel, 16. April (Eig. Drahtb.)

Der belgische Senat hat am Mittwoch den von der Kammer bereits verabschiedeten Gesetzentwurf zur Erhöhung des Einfuhrzolles auf 40 mit 60 gegen 58 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen verworfen.

Der Abstimmung ging eine äusserst bewegte Debatte voran, in der namentlich de Brouckere im Namen der Sozialisten den Entwurf scharf bekämpfte. Auch mehrere katholische und liberale Senatoren, insbesondere Vertreter der Industrie und des Antwerpener Hafens, äussersten starke Bedenken gegen die Einleitung einer schutzzöllnerischen Politik. Die Anhänger des Entwurfs begründeten ihre Haltung insbesondere mit der deutschen Schleuderkonkurrenz, die mit Hilfe von Ausfuhrprämien betrieben werde. Die Regierung hatte sich nicht festgelegt, liess aber keinen Zweifel darüber, dass sie dem Entwurf sympathisch gegenüber stehe.

SPD. Die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine ist mit den Stimmen des Zentrums, trotz aller Proteste des Zentrumsabgeordneten Schlack beschlossen worden. Vor ihrer Annahme hat Schlack der Zentrumsfraktion des Reichstags seinen Standpunkt zu dem Unrecht an den Genossenschaften auch noch schriftlich unter-

breitet. Alles umsonst. Die Zentrumsfraktion folgte Herrn Brüning und stimmte für die Ausnahmesteuer, gegen den Führer der christlichen Genossenschaften Schlack. Von dem Inhalt des Protestbriefes wurden die Anhänger des Zentrums nur oberflächlich unterrichtet, sodass Schlack sich jetzt gezwungen gesehen hat, sein Schreiben im Wortlaut der Öffentlichkeit zu übergeben. In ihm heisst es u.a. :

"Dieses Gesetz trifft die Genossenschaftsbewegung der christlichen Arbeitnehmer am schwersten. Sie ist zahlenmässig nicht so stark und die Umsätze betragen nur ein Drittel der der sozialistischen Richtung. Ausserdem ist die letztere infolge ihres Alters der ersteren bezüglich der finanziellen Stärke sehr überlegen. Ich habe ein Menschenleben unter den schwierigsten Verhältnissen für die Zentrumsparlei gekämpft. Wenn dieses Gesetz zustande käme in dieser Fassung, mit Hilfe der Zentrumsparlei, würde dies mein schmerzliches Erlebnis seit meiner öffentlichen Tätigkeit sein. Ich beschwöre deshalb die Zentrumsfraktion, das Gesetz in dieser Form nicht zustandekommen zu lassen. Der Antrag Breitscheid, Nr.1975, zeigt den Weg, den auch die Zentrumsparlei beschreiten kann."

Trotzdem wurde die Ausnahmesteuer vom Zentrum beschlossen. Trotzdem lehnte die Zentrumsfraktion den Antrag Breitscheid ab, um die "reaktionärste Regierung seit der Revolution" - wie Schlack die Regierung Brüning von der Reichstagstribüne herab charakterisiert hat - zu retten. Sie wurde gerettet auf Kosten der Arbeitnehmerschaft.

SPD. Paris, 16. April (Eig. Drahtb.)

Ein Fliiegerunglück, richtiger eine Verkettung von Unglücksfällen mit furchtbaren Folgen, ereignete sich am Mittwoch vormittag über dem Flugfeld von Chateauroux. In einer Höhe von 800 Metern stiessen zwei Militärflugzeuge mit je einem Piloten an Bord zusammen und stürzten brennend ab. Ein Flugzeug fiel auf den Hauptplatz der Stadt, während der Pilot auf das Dach eines Güterwagens fiel. Er war sofort tot. Das zweite Flugzeug stürzte auf ein Wohnhaus, das in Brand gesteckt wurde und vollständig niederbrannte. Der Bewohner einer Dachstube fand den Erstickungstod. Unter den Trümmern des Hauses fand man die verkohlte Leiche des Piloten.

SPD. Die rechtsstehende "Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt zu dem polnischen Protest gegen die neue Zollregelung in Deutschland, dass mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung berechtigte Anschauungen zu Worte gekommen sind, die vordem unter der Herrschaft der Sozialdemokratie zu schweigen hatten. Der deutsch-polnische Vertrag enthalte für Polen auch nach der neuen Zollregelung in Deutschland so viel einseitige Vorteile, dass an einer Ratifikation polnischerseits nicht zu zweifeln sei. Es bestehe nicht der geringste Grund zur Aufregung.

Man darf annehmen, dass der Reichsernährungsminister Schiele hinter diesen Ausführungen steckt. Sie sind, wie im Weltkrieg, auf den Ton abgestimmt: Hier werden noch Kriegserklärungen angenommen. Der Optimismus des Reichsernährungsministers erscheint uns wenig begründet und zwar ist es nicht Polen allein, das auf die neue Zollregelung in Deutschland reagiert. Wenn Deutschland einige Wochen nach den Genfer Zollfriedensabmachungen Hochschutzzölle einführt, dann erscheint es mit Recht vor aller Welt als der handelspolitische Friedensstörer, und wenn es nach dem völlig unbegründeten Optimismus Schieles geht, stecken wir eines guten Tages in Dutzenden von Handelskriegen, die uns schlecht sehr schlecht bekommen werden.

SPD. München, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die Tatsache, dass der Führer der bayerischen Bauernbündler Fehr im Reichstag an den entscheidenden Abstimmungen nicht teilgenommen hat, sondern sich vorher auf sein Landgut Lindenberg im Allgäu begab, scheint sich in Bayern zu einer Ministerkrise auszuwachsen.

In massgebenden Kreisen der Münchener Regierung, insbesondere in der Bayerischen Volkspartei, wird gegen Fehr der Vorwurf erhoben, dass er, trotzdem er von "wohlmeinenden Abgeordneten" aller bürgerlichen Parteien sozusagen angefleht worden sein soll, in Berlin zu bleiben, nur deswegen in Ferien fuhr, weil er nicht für die Biersteuererhöhung stimmen wollte. Dieses Verhalten wird ihm umso heftiger angekreidet, als er ausser seiner Eigenschaft als bayerischer Landwirtschaftsminister Mitglied des Vier-Männerkollegiums der Grünen Front (Brandes, Hermes, Schiele und Fehr) ist, das alles getan hat, um die Forderungen der Agrarier innerhalb der neuen Bürgerblock-Regierung durchzusetzen. In der offiziellen Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wird deshalb die Frage gestellt: "Hält es die bayerische Landwirtschaft für erträglich, dass dieser Mann noch weiterhin bayerischer Landwirtschaftsminister bleibt. Hält die deutsche Landwirtschaft es für erträglich, dass er weiterhin noch Führer der Grünen Front bleibt? Von sich aus wird Herr Fehr keines seiner Ämter niederlegen, denn er hat schon zur Genüge bewiesen, wie fest er an seinem Ministersessel klebt."

Man wird abwarten müssen, was Minister Fehr und der Bauernbund auf diesen ungewöhnlich derben Angriff zu sagen haben.

SPD. Der Reichsrat lehnte am Mittwoch den Antrag der preussischen Staatsregierung, in den Reichsetat entgegen den Beschlüssen der vereinigten Reichsratsausschüsse keine Mittel für den Panzerkreuzer B einzusetzen, mit 29 gegen 29 Stimmen ab.

Vor der Abstimmung gab Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer im Namen der Regierung Brüning folgende Erklärung ab: "Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 1. April durch den Mund des Reichskanzlers erklärt, dass sie den noch von der früheren Reichsregierung aufgestellten Entwurf eines Haushaltsplanes in allen seinen Teilen übernehme und mit dafür sorgen werde, dass insbesondere die Arbeiten des Reichsrates in Erledigung dieses Haushaltsplanes durch den Regierungswechsel keine Störung erfahren sollten. Aus dieser offiziellen Erklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning, die sich auf den gesamten Haushalt bezieht, geht dadurch auch die offizielle Einstellung der neuen Reichsregierung zu allen Etatspositionen klar hervor.

Die Reichsregierung und der Reichskanzler beabsichtigen daher nicht, hinsichtlich etwaiger Abänderungen dieses Haushaltsplanes eine auch nur irgendwie geartete Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Erst nachdem der Reichsrat zu dem Reichshaushaltsplan endgültig Stellung genommen haben wird, wird es Sache der Reichsregierung sein, sich wegen der Frage einer etwaigen Doppelvorlage bei der einen oder anderen Frage erneut mit dem Reichshaushaltsplan zu beschäftigen.

Namens der Reichsregierung, die entsprechend der von mir nochmals in Erinnerung gerufenen Regierungserklärung vom 1. April auf dem Boden des ihr vorliegenden Reichshaushaltsplanes steht, darf ich daher die Bitte an den Reichsrat richten, nach eigenem besten Wissen und nach rein sachlichen Erwägungen abschliessend Stellung nehmen zu wollen und sich insbesondere in keiner Weise von der Reichsregierung beeinflusst zu fühlen."

SPD. New Delhi, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die gespannte Situation in verschiedenen Teilen Indiens hat sich weiter verschärft. Auch am Mittwoch waren in Kalkutta, Karachi und Puna Zwischenfälle zu verzeichnen.

In Kalkutta wurden mehrere Weisse bei einer Fahrt durch die Stadt von Indern angegriffen und mit Steinen beworfen. Später wurde ein englisches Hospital von Indern überfallen. Die britisch-indische Regierung hat zahlreiche Truppen-transporte nach Kalkutta beordert und dort in den verschiedenen Polizeirevieren stationiert. In Karachi stürmte eine erregte Menge das dortige Gerichtsgebäude, wo ein Prozess gegen sechs Führer der Widerstandsbewegung stattfand. Eine Person wurde von der Polizei getötet. Mehr als 30 Personen wurden verletzt. In Puna säuberte die Polizei sämtliche Hausdächer, von denen herab am Dienstag Steine gegen die Polizei geschleudert worden waren. Später kam es anlässlich einer indischen Demonstration vor dem Polizeigebäude zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Einheimischen.

SPD. Der deutschnationale Parteivorstand tritt nicht wie anfänglich vorgesehen am 1. Mai, sondern schon am 25. April in Berlin zusammen. Die frühere Einberufung ist darauf zurückzuführen, dass insbesondere in der deutschnationalen Provinzpresse bereits wieder ein harter Kampf für und gegen Hugenberg entbrannt ist. Man ist deshalb in den Kreisen um Hugenberg bestrebt, die Wogen durch eine schnelle Entscheidung des deutschnationalen Parteivorstandes zu glätten.

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

In einem am Mittwoch der Öffentlichkeit übergebenen Memorandum über die Ergebnisse der Flottenkonferenz wird betont, dass zwischen sämtlichen fünf Mächten völliges Einverständnis hinsichtlich der Schlachtschiffe erzielt worden sei und keines der Länder jene Ersatzbauten vornehmen werde, zu denen es nach den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz berechtigt war. Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan verpflichten sich, sofort die Anzahl ihrer Schlachtschiffe auf 15 bzw. neun herabzusetzen. Frankreich und Italien behalten sich das Recht vor, Ersatzbauten, zu denen sie zwischen dem Abschluss des Washingtoner Vertrages und der Flottenkonferenz berechtigt waren, nachträglich vorzunehmen. Im Hinblick auf die Klassifizierung der Schiffstypen und des beschränkten Transfer-Rechts zwischen Kreuzern und Zerstörern ist eine völlige Einigung zwischen England, Amerika und Japan hergestellt worden. Die Gesamttonnage Grossbritanniens wird 541 700 Tonnen betragen, die Amerikas 526 200 Tonnen und die Japans 367 050 Tonnen.

SPD. Essen, 16. April (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrgebiet häufen sich die Entlassungen. Auf der Zeche Hannover sind neuerdings wieder 365 Arbeiter nach Hause geschickt worden. Die Zeche "Fröhliche Morgensonne" in Wattenscheid entlässt am 1. Mai 300 Arbeiter, Möller-Rheinbaben 370, Ewald 300. Phönix in Dortmund entlässt 360 Arbeiter. Die Block-, die Stahl- und Feinwalzwerkstrasse arbeiten künftig nicht mehr in zwei, sondern nur noch in einer Schicht. Dazu kommen die Entlassungen der Reichsbahn. Sie beziffern sich im westlichen Werkstättengebiet auf 1000 Mann; davon entfallen auf das Ruhrgebiet rund 800 Mann. 1140 Arbeiter müssen ihren Arbeitsplatz im Werkstättengebiet wechseln. So werden von Opladen nach Köln 400,

von Köln nach Krefeld 75, von Dortmund nach Recklinghausen 100, von Oberhausen nach Wedau 375, von Langenberg nach Speldorf 75 und von Speldorf nach Wedau 50 Arbeiter verlegt. Schliesslich nimmt die Reichsbahn noch Umstufungen vor, wobei die Arbeiter im Lohn- und Dienstverhältnis schlechter gestellt werden.

SPD. Vor kaum 3 Wochen erklärte die Regierung Brüning vor dem Reichstag, dass sie nicht die Absicht habe, ihrerseits an dem von ihr vorgelegten Etat etwas ändern zu lassen. Im Hinblick auf den Beschluss der Reichsratsausschüsse, für den Bau des Panzerkreuzers B eine Rate von 2,9 Millionen als erste Rate in den Etat einzusetzen, unterstrich die "Germania" am Mittwoch nochmals den damaligen Standpunkt der Regierung Brüning vertretenen Standpunkt. Die Regierung werde nunmehr im Reichstag eine Doppelvorlage einbringen und so den Beschluss des Reichsrats unwirksam zu machen versuchen. Wenige Stunden später hat die Regierung des Zentrumskanzlers das Gegenteil von dem beschlossen, was die "Germania" angekündigt hat. Sie hat wieder einmal vor ihrer eigenen Auffassung die Flucht ergriffen, hat ihre Meinung von damals schneller als man selbst in Zentrumskreisen glaubte zum alten Eisen geworfen und sich um ihrer Existenz willen mit dem Bau des Panzerkreuzers B abgefunden, von dem die "Germania" noch am Mittwoch abend sagte, dass er in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage gar nicht in Frage kommen könne. Nach den Hunger-Zöllen, der Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, den Bestrebungen gegen die Arbeitslosenversicherung - jetzt die Verpulverung von zunächst 2,9 Millionen Mark für einen Kahn, von dem man heute noch nicht weiss, ob er nach seiner Fertigstellung nicht wegen Unbrauchbarkeit infolge unmoderner Einrichtungen sofort verschrotet werden muss.

Als wir am Mittwoch feststellten, dass die Regierung Brüning im Begriff stände, dem hungernden Volk nach den Steuer- und Zollvorlagen noch ein weiteres Osterfest zu bescheren, erwiderte die "Germania" in der Annahme, dass sich die Regierung gegen den Reichsrat wenden würde: "Die Sozialdemokratie und ihre Presse hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun als über die Regierung Brüning herzufallen". Die Wirklichkeit zeigt, dass wir nur Tatsachen festgestellt haben und das konnten wir, weil bei uns über den reaktionären Charakter dieser Regierung Brüning nicht der geringste Zweifel besteht. Was diese Regierung macht und nicht macht, wird von den in ihr sitzenden Vertretern des Stahlhelms bestimmt und dass dieser Stahlhelm eine einzig reaktionäre Masse ist, brauchen wir wohl nicht erst zu beweisen. Alles für den Besitz und im Sinne der Kapitalisten, das ist das Programm des Stahlhelms und das Programm der Regierung Brüning. Was schert sie die Arbeitnehmer? Die müssen bluten, damit den Bestrebungen und Gelüsten kleiner Cliquen, die dieser "reaktionärsten Regierung seit der Revolution" das Leben ermöglichen, entsprochen werden kann.

Wir sind überzeugt, dass jetzt auch den Zentrumsarbeitern endlich die Augen aufgehen und sie sehen, wie es in Wirklichkeit um die Regierung Brüning bestellt ist. Nicht ihre Worte - auf die pfeifen wir - ihre Taten entscheiden und die stehen in klaffendem Gegensatz zu allen, dazu noch feierlich abgegebenen Erklärungen über die Absichten und Ziele des Kabinetts Brüning. Je schneller es verschwindet, desto besser für unser Volk und insbesondere für die Arbeiterschaft aller politischen Richtungen.

+ + +

Amtlich wird mitgeteilt: Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning fand am Mittwoch nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor der Osterpause statt. Das Reichskabinettt beschäftigte sich neben einer grösseren Anzahl laufender Fragen in erster Linie mit dem am Mittwoch vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsplan für das Jahr 1930. Hinsichtlich der von Reichsrat bewilligten 1 Million Reichsmark für Kinderspeisung und der anstelle anderer Ausgaben des Marineetats eingesetzten ersten Baurate für das Panzer-schiff B beschloss das Reichskabinettt, die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Der erste Lord der Admiralität (Marineminister), A.V. Alexander, teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, dass die Ergebnisse der Flottenkonferenz für Grossbritannien eine Ersparnis von vier Milliarden Mark im Flottenbauprogramm mit sich bringen werden. Alexander gab zu dieser Ziffer, die ein Dreifaches der bisherigen Schätzungen beträgt, keine nähere Begründung.

Die im Laufe des Nachmittags aus Deutschland eingetroffenen Meldungen über den Beschluss des Reichsrats, die erste Rate für einen zweiten deutschen Panzerkreuzer zu bewilligen; hat in London grosses Aufsehen erregt und zu lebhaften Kommentaren Anlass gegeben.

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen, die zeitweise stark gefährdet waren, sind nunmehr in allen wesentlichen Punkten zum Abschluss gekommen. Die britische Garnison in Ägypten wird in Zukunft hauptsächlich in Ismaila konzentriert werden; einzelne britische Truppenkontingente werden in der Nähe von Suez untergebracht. Port Suad, gegenüber Port Said, wird als Flughafen für die verbleibende britische Besatzung dienen. Auch die heikle Frage des Sudan, die zeitweise zu einem Zusammenbruch der Verhandlungen zu führen drohte, ist durch ein Kompromiss gelöst worden. England erkennt das Recht Ägyptens auf Mitbestimmung im Sudan an, während Ägypten andererseits England in der Verwaltung des Sudan weitgehend entgegenkommt.

Alles in allem ist es Grossbritannien gelungen, einen grossen Teil aller jener Gesichtspunkte durchzusetzen, die Henderson in dem Vertragsentwurf seinerzeit niedergelegt hatte.

SPD. Der Reichsrat hat am Mittwoch beschlossen, 2,9 Millionen Mark als erste Rate für den Panzerkreuzer B in den Etat für 1930 einzusetzen.

Für den Panzerkreuzer haben gestimmt: Bayern und Freistaat Sachsen, die preussischen Provinzen Ostpreussen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und Rheinprovinz. Andere preussische Provinzen und mit ihnen Freistaat Württemberg haben sich der Stimme enthalten.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. In diesen Festtagen, die dem Glauben an eine Auferstehung im Jenseits gewidmet sind, steht eine durchaus irdische Kraft gigantisch sich emporbäumend auf der Kampfwille der deutschen Arbeiterklasse für ein besseres Diesseits. Die nämlichen Leute, die alle Ursache haben, mit verdoppeltem Eifer die Armut auf ein besseres Jenseits zu verträsten, haben diese Kraft aus langem Winterschlaf, in den sie verzaubert schien, erweckt. Das "schielende" Kabinett Brüning hat der Arbeiterschaft in den Wochen vor Ostern eine handgreifliche Lektion darüber erteilt, dass Regierungsmacht kein leerer Wahn sondern zehnfach des Schweisses wert ist, der um ihre Erringung vergossen wird.

Herr Brüning, der auf Vierstimmen-Mehrheiten seitanzende Reichskanzler, verfügt sicher über eine grosse Portion taktischer Geschicklichkeit. Aber wenn es ihm selbst gelungen ist, im Reichsrat den Panzerkreuzer B mit Stimmengleichheit, die nach parlamentarischen Regeln Ablehnung bedeutet, zur "Annahme" durchzulavieren, - ein so grosser Zauberkünstler ist auch Brüning nicht, um die Arbeiter in den Reihen des Zentrums über die eindeutige Tatsache hinwegzutäuschen: wer die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung drängt, der verdrängt - trotz aller christlichen Grundsätze - damit die Sozialpolitik aus der Reichsgesetzgebung, der verdrängt aus ihr jede Rücksichtnahme auf den wirtschaftlich schwachen Konsumenten, der stellt das wirtschaftliche Primat von 12 000 ostelbischen Grossgrundbesitzern über 40 Millionen Stadtbewohner wieder her, wie es im alten Kasten- und Obrigkeitsstaat bestand.

Vergebens suchen Zentrum und Liberale sich darauf herauszureden, die Sozialdemokratie hätte, solange sie in der Regierung sass, doch ganz ähnliches erstrebt als was jetzt das Kabinett Brüning-Schiele geschaffen hätte. Ganz ähnliches? Ja, warum alsdann Trennung und Regierungswechsel? Nein, ein Blinder fühlt es mit dem Krückstock, dass mit der Schwenkung der bürgerlichen Mittelparteien, mit ihrem Liebeswerben um die grüne Front der Schielenationalisten, um die Hausagrariere der Wirtschaftspartei, um die Pensionsoffiziere der Volkskonservativen ein radikaler Umschwung des Kurses, innenpolitisch wie aussenpolitisch, eingetreten ist!

Aussenpolitisch markiert sich die Schwenkung durch die Hineinmanövrierung der ersten Rate für das Panzerschiff B in den Etat für 1930, aus dem das Kabinett Müller sie ferngehalten hatte. Die doppelzüngigen Erklärungen des Reichsfinanzministers Moldenhauer im Reichsrat werden keinen Vernünftigen von der Erkenntnis abbringen, dass das Kabinett Brüning in bewusstem Gegensatz zum Kabinett Müller den bereits fallen gelassenen Bau des zweiten Panzerkreuzers aufnehmen will - als Konzession an die Nationalisten, an die Gegner des Youngplanes und der Verständigungspolitik, die das Kabinett Brüning angeblich fortführen will!

Noch klarer ausgeprägt ist der Gegensatz in der Innenpolitik. Derselbe Brüning, der behauptet, dass er das Tisch Tuch zwischen sich und der Sozialdemokratie zerschneiden "musste", weil diese in der Arbeitslosenfrage an der gemeinsamen Regierungsvorlage festhielt, derselbe Brüning hat keinen Kaufpreis für zu hoch erachtet, um ein oder zwei Dutzend Stimmen der vielen Rechtsgruppen zu erlangen. Siebzehn bayerische Separatisten durften seine Biersteuer zersäbeln, es blieb sich gleich, für einundzwanzig zürhender Wirtschaftsparteiler wurde die Sonderbesteuerung der Konsumvereine bewilligt - gegen das Lebensinteresse auch der christlichen Genossenschaften. Die Sorge um den bayerischen Biertrinker, um den rückständigen Winkelkrämer, sie galt dieser Regierung als berechtigt, - nur die Sorge der Sozialdemokratie für die Arbeitslosen nicht!

Eine bürgerliche Regierung kann eben ihr Gesicht nicht verleugnen: wenn eine Anzahl Agrarier, die sich in der goldenen Inflationszeit leichtsinniges Wirtschaften angewöhnt hatten, vom Hofe müssen, so hat eben der Staat einzuspringen. Was es kostet, ist gleich. Mögen die Verbraucher die Last tragen. Schutzwürdig ist das Eigentum der Besitzenden, aber nicht das Leben der Arbeitenden.

Am krassesten drückt dieser Grundsatz sich aus in dem Schiele'schen Agrar-

programm und innerhalb desselben in der Aufhebung des Gefrierfleischkontingents. Um dieses ging seit je der Kampf: Man hatte es herabgedrückt, verkleinert, aber bis jetzt war es der Sozialdemokratie gelungen, 50 000 Tonnen jährliche Einfuhr für die arme Bevölkerung zu retten. Nicht viel, aber immerhin sind 50 000 Tonnen etwa zwei- bis dreihundert Millionen Fleischmahlzeiten für die, die sonst kein Fleisch auf den Tisch bekommen. Diese Viertelmilliarde Fleischmahlzeiten wird mit einem Strich kassiert, - denn auf das verheissene billige Inlandfleisch werden die Proletarier wohl ebensolange warten wie auf die praktische Durchführung der Bergpredigt in den Betrieben der allerchristlichsten Herren Fabrikanten.

Nacktester Interesseneigennützigkeit des Agrariertums, der Mittelständler, der Kapitalisten hat in den wenigen Wochen des Kabinetts Brüning Orgien gefeiert. Die Nutzniesser sind dieselben Leute, die dauernd über den zunehmenden Materialismus unserer Zeit jammern, die den "Marxismus" der Gottlosigkeit bezichtigen, weil wir der Lehre von der Auferstehung in einem besseren Jenseits den Kampf um die Befreiung von der Not im Diesseits entgegenstellen. Der Arbeiter, dessen dürftiger Verbrauch durch das Kabinett Brüning unerträglich verteuert wird, fragt mit Recht, warum denn gerade er sich mit der vagen Aussicht auf ein Drüben zufriedengeben soll, während eifrige Kirchengänger wie Bäcker und Fleischer, Rittergutsbesitzer und Hauseigentümer, denen doch zu Ostern im Auferstehungsgedanken das Jenseits so lockend vor Augen geführt wird, dennoch mit aller Zähigkeit sich an ihr behagliches Diesseits anklammern und bei aller Frömmigkeit um keinen Preis von ihrem irdischen Besitz lassen wollen, obwohl die Lehre Christi ausdrücklich den Reichen den Weg in die Seligkeit versperrt! Sie fragen sich, warum die Regierung der Parteien, die sich betont "christlich" nennen, die in den Konsumvereinen zusammengetragenen Groschen der Aermsten extra besteuert, um von dem Ertrag die Grossagrarien zu subventionieren!

Die Arbeiter kommen zu dem Ergebnis: "Solange wir Sozialdemokraten in der Regierung hatten, war es besser für uns. Da wurde vielleicht weniger von christlichen Grundsätzen geredet, aber mehr nach christlichen Grundsätzen gehandelt. Wir haben uns viel zu viel Missvergnügen einreden lassen, durch das Geschrei der Radikalisten, die mit Vergrößerungsgläsern all das aufzeigten, was die Sozialdemokraten mitmachen mussten, weil sie nicht allein in der Regierung bestimmten. Wir haben über jede Konzession der Sozialdemokraten an die bürgerlichen Mitregierer gezürnt und gescholten, aber darüber das sehr viel Schlimmere nicht beachtet, was die Sozialdemokraten die ganze Zeit über verhindert haben. Jetzt sehen wir es klar! Das Kabinett Brüning hat uns mit seiner Agrar- und Steuerpolitik die Augen geöffnet: die Mitregierung der Sozialdemokratie ist für den Arbeiter doch etwas wert. Für diese Wiederherstellung unserer Macht werden wir kämpfen mit dem Ziel, dass es über eine Mitregierung einmal zur Alleinregierung der Schaffenden und Werktätigen kommen muss."

Auferstehungstag. In den Reihen der Arbeiterschaft erwacht und aufersteht der alte Kampfgeist. Ein Grab springt auf. Ein Riese erhebt sich. Das Proletariat - es wird leben!

SPD. London, 16. April (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Henderson und der sowjetrussische Botschafter Sokolnikoff unterzeichneten am Mittwoch im Aussenamt den provisorischen englisch-russischen Handelsvertrag. Dieses Abkommen wird die Grundlage zu einem endgültigen Handelsvertrag bilden. Es sieht die Meistbegünstigung für Russland und England vor. Die sowjetrussische Regierung erhält die Erlaubnis zur Wiedererrichtung einer Handelsdelegation in London. Drei Leiter dieser Handelsvertretung werden diplomatische Immunität geniessen. Ihr Gebäude wird exterritoriale Rechte erhalten.

Aus aller Welt

Berlin im Osterfieber.

Armer Norden, reicher Westen - Was die Hoteliers sagen - Massenandrang bei
Dorpmüller - Das "Osterei" des Kartenknipers - Die Sorgen der Wetterprophet

SPD. Vier Millionen Berliner wollen Ostern feiern. Hunderttausenden frei-
lich fehlen alle Mittel dazu. Jedoch die unermessliche Stadt steht unverkenn-
bar im Zeichen des Festbetriebes. Der Weg des Reporters durch das österliche
Berlin gestaltet sich wahrhaft zum aufschlussreichen "osterspaziergang".

Ueppig dekorierte Schaufenster repräsentieren sich als gebieterische
Aufforderung, unbedingt stehen zu bleiben und sich die Schätze "unverbindlich"
einmal anzusehen. In Moabit hat ein kleiner Geschäftsmann mit poetischer Be-
gabung ein leuchtendes Transparent in sein Fenster gehängt: "Kaufe Deine Oster-
eier - Nur bei Friedrich Emil Meyer!" Ein Verwandter Konrad Ferdinand Meyers?

Kleine Stichproben sind sehr charakteristisch. Erste Nachfrage in einem
Konfitürenladen im proletarischen Wedding. Mit bunter Schokoladenlockung
will der Inhaber recht viele Passanten zu Kunden machen. Hat er Erfolg? "Das
Geschäft", erklärt der Alte mit mürrischem Gesicht, "geht noch schlechter als
schlecht. Kein Mensch hat Geld. Alles, was die Leute kaufen, soll billig sein.
Sagen Sie mal, kann ich denn billig einkaufen?" Das kann ein Aussenstehender
nun schlecht beurteilen. "Hier in der Umgegend", beginnt der Geschäftsmann
wieder, "ist jeder vierte Mensch arbeitslos. Die Leute sind ja froh, wenn sie
das Notwendigste zum Essen haben. Aber was mache ich nun mit den vielen Oster-
eiern? Die werden ja alle schlecht!" So sieht es im Norden aus.

Im Westen. Elegantes Delikatessen- und Konfitürengeschäft. Interview
mit dem Geschäftsführer. Von seinem Gesicht strahlen eitel Wonne und Zufrie-
denheit. "Wir können nicht klagen", sagt er mit freundlicher Würde, "absolut
nicht. Bei uns wird flott gekauft. Und wissen Sie, die teureren Sachen gehen ge-
rade am besten. - - -! Die Herrschaften wollen doch Qualitätsware und fragen
nicht mehr danach, ob sie ein paar Mark mehr oder weniger kostet - - Gott sei
Dank: diese Zeiten sind vorbei. - - -!"

Ob sie wirklich vorbei sind....?!

Wenig freundlich sieht es in den kleinen Hotels aus. "Hol, der Teufel
die Karwoche!", bekennt der offenerzige Geschäftsführer eines Hotels im Zen-
trum, "es ist nichts los bei uns. Wir haben viel Geschäftspublikum, wissen Sie
Reisende, Agenten, auch Direktoren...die Herren versprechen sich nicht viel
von den Feiertagen."

"Und glauben Sie, dass Ostern - - -?"

Der Geschäftsführer winkt resigniert ab. "Bei uns nicht - - Die Leute,
die Osterreisen nach Berlin machen, kommen meistens nicht zu uns. Immer ver-
wöhnter werden die Menschen! Wo wir doch fließendes Wasser, Zentralheizung
und sogar Zimmer mit Bad haben." - - -

Im Westen, Umkreis Bahnhof Zoo, sieht das Hotelgeschäft schon viel "be-
lebter" aus. "Zu Ostern", sagt ein jovialer Oberportier mit sehr dekorativen
Gesten, "rechnen wir mit einem ausverkauften Haus. Alles gutes Publikum. Na
ja, in dieser Gegend - -, na, für mich wird bei dieser Gelegenheit auch so
Manches abfallen. Ostern sind die Leute ja nicht kleinlich...."

Auf den Berliner Bahnhöfen herrscht schon gesteigerter Betrieb. Die Schlafwagen sind von zahlungskräftigen Leuten stark verlangt, die Züge in die Bäder der Nord- und Ostsee werden auf den Reisebüros bereits im Vorverkauf fast hundertprozentig belegt. Wer viel Geld hat, fährt in der II. Klasse nach der Schweiz, auch Dalmatien, Italien und Paris stossen bei den oberen Bankkontozehntausend auf reges Interesse. Bescheidenere Leute, die nicht über unbeschränkte Gelder verfügen, inklinieren mehr für Harz, Mecklenburg oder Sächsische Schweiz.

Kleines Interview mit einem Fahrkartenknipser: "Ostern-?", sagt er, "Ostern ist ziemlich der anstrengendste Dienst im ganzen Jahre. Ich habe am Ostersonntag Dienst: da bleibt nicht viel übrig von den Feiertagen..." "Gibts keine Osterzulage?" "So sehen Sie aus; für uns bleibt doch nichts übrig. Wo so viel Direktoren satt gefüttert werden müssen...."

+

Schlimm, ganz schlimm ergeht es den Beamten der Wetterdienststelle. Die Herren sind schon heiser von ihrer anstrengenden Tätigkeit. Da sie niemand betrügen wollen, andernteils sich darüber, ob es Ostern klar sein wird, noch nicht im Klaren sein können, geben sie allen Fragern unverbindlich eine tröstliche Antwort, nicht ohne sich von Zeit zu Zeit die eigenen Regenperlen von der Stirn zu wischen.

Auch wer keine gewaltigen Reisepläne und Kursbücher wälzt, ist an festlichem Festwetter sehr interessiert, denn auch "der kleine Mann", der sich die netten Abwechslungen wohlhabender Leute nicht gönnen kann, rüstet zum Osterausflug in die Umgegend von Berlin.

Die Restaurateure rund um die Reichshauptstadt, die sich todesmutig mit Bockwurstlagern, Alkoholtonnen und "ff. Limonaden", die der Berliner "Spülwasser" nennt, eingedeckt haben, sehen sehnsüchtig, ängstlich und doch hoffnungsvoll zum Himmel, denn der "Segen" kommt nicht aus der Stadt, wenn er von oben kommt..

+

+

+

Eva Koppel ausgegraben! Auf Grund eines Gesuches der Staatsanwaltschaft in Bellinzona ist die am 3. April in der Nähe von Locarno von ihrem Ehegatten Luigi Cecchini ermordete Eva Ecchini-Koppel aus Berlin, die wenige Tage später auf dem Friedhof in Berlin-Weissensee bestattet wurde, exhumiert worden. Die Wiederausgrabung der Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft Bellinzona für notwendig erachtet, weil der Mörder immer wieder betont, dass er seine Frau nicht meuchlings und vorsätzlich, sondern nach einer heftigen Auseinandersetzung im Affekt erschossen habe. Durch die Obduktion soll nunmehr festgestellt werden, ob der tödliche Schuss aus der Entfernung oder aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden ist.

+

+

+

Ausgehobene Geheimbrennerei. Beamte der Berliner Zollfahndungsstelle hoben am Mittwoch in einer am Scharmützelsee gelegenen luxuriös eingerichteten Villa eine geheime Spritbrennerei aus. Ausserdem wurde ein grosses den Spritbrennern gehöriges Lastauto beschlagnahmt. Die Spritbrenner, fünf sämtlich aus Polen eingewanderte Männer und eine Frau, wurden verhaftet und dem Richter vorgeführt. Einer der Täter ist ein gewisser Klapp aus Lodz, der wegen zahlreicher Betrügereien von der Berliner Staatsanwaltschaft gesucht wird.

+

+

+

Todessturz eines Segelfliegers. In der Nähe der Kühkopffinsel im Altrhein stürzte der bekannte Segel- und Rekordflieger Johannes Nehring bei seinem morgendlichen meteorologischen Fluge mit der Junkersmaschine D 990 tödlich ab. Sein Begleiter, Dr. Steinhäuser, konnte sich durch Fallschirmabsprung retten. Die Katastrophe ist offenbar darauf zurückzuführen, dass sich in 3 000 Meter Höhe ein Flügel der Maschine löste. Der Apparat hat sich dann in der Luft gedreht. Steinhäuser wurde gerettet, da durch den starken Druck die Gurte, mit denen er festgeschnallt war, rissen; er wurde aus der Maschine geschleudert. Nehring blieb indessen im Rumpf des Apparates hängen. Die Maschine fiel mit dem Radgestell nach oben mitten in einen Wald in der Nähe von Knoblocksau am Altrhein.

180 Boote verbrannt. Auf einem an der Spree gelegenen Grundstück eines Bootsvermieters in Berlin=Grünau brannten drei Bootsschuppen nieder, 180 Ruder- und Padelboote wurden ein Raub der Flammen.

Der Sträfling als Geschäftsmann. Der in Guyana, der "Hölle der Verbannten" zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilte Sträfling Guttman hat es verstanden, sein böses Schicksal zum Guten zu wenden, indem er anfangs, mit Schmetterlingen zu handeln, die es auf der Hölleninsel in besonders kostbaren Exemplaren gibt. Guttman, der zuerst im Dienste wissenschaftlicher Institute arbeitete, eröffnete ein regelrechtes Exportgeschäft, das so gut geht, dass die Strafbehörde ihrem tüchtigen Zögling zum Besuch seiner europäischen Kundschaft sechs Monate Urlaub gewährte.

Fenstersturz eines Rechtsanwalts. Aus Krankheitsgründen und wegen wirtschaftlicher Not hat sich in Wien ein 69jähriger Rechtsanwalt, ein Onkel des Dichters Peter Altenberg, aus dem dritten Stockwerk seines Hauses auf die Strasse gestürzt; er blieb tot liegen.

"Nasse" Heirat. Mrs. Kate Wilson und Mr. I. F. Guthrick in Los Angeles liessen sich auf dem kühlen Grunde des Teiches des Ambassador=Hotels in Los Angeles in einer Taucherglocke trauen. Braut und Bräutigam und Geistlicher waren jeder von einem Taucherpanzer umrankt, als sie unter den Klängen des Hochzeitsmarsches aus "Lohengrin" in der Flut versanken. In der Tiefe des Teiches fand die Zeremonie der Eheschliessung per Telefon statt: man war sogar, zwecks ehelicher Verbindung, durch direkte Drähte miteinander verbunden. Der Geistliche, der den alle nassen Haare sträubenden Blödsinn mitgemacht hat, behauptet, dass alles vorschriftsmässig vorgegangen sei. Die Trauzeugen standen oben am Ufer und spendeten ausser ihren Tränen der Rührung die Luft, die sie unentwegt nach unten pumpen mussten.

Mord um eine Taube. In Windhoven (Holland) erstach ein Friseur seinen Nachbarn, einen Arbeiter, der eine Frau und acht Kinder hinterlässt. Anlass der Untat: die Taube des Friseurs war wiederholt gegen die Antenne des Arbeiters geflogen und hatte sie beschädigt. Den Streit, der mit dem Mord endete, hat der Arbeiter begonnen. Der Friseur stellte sich der Polizei.

Zeppelins Sevilla=Landung. Am Mittwoch nachmittag um 3,30 Uhr landete das Luftschiff "Graf Zeppelin", von Lissabon kommend, in Sevilla. Die Bevölkerung begrüßte den Luftriesen mit ungeheurem Jubel. Das Luftschiff funkte seinerseits eine Begrüssung für die Stadt und teilte den trotz mässigen Wetters ausgezeichneten Verlauf der Reise mit, die über Basel, Dijon, Pitiers, Bordeaux, Biscaya, Kap Finistere und Portugal geführt hatte.

15 Jahre Zuchthaus für Kutzbach. Der Raubmörder Walter Kutzbach, der am 25. Februar 1927 am Ruinenberg in Potsdam den Kassenboten Hammermeister überfallen und um 4000 Mark beraubt und getötet hat, wurde vom Potsdamer Schwurgericht wegen Totschlags in Tateinheit mit Raub zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mitangeklagte Humbeutel erhielt wegen Hehlerei und Diebstahls zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Telephongespräch Java - Buenos Aires. Am Mittwoch nachmittag wurde über Berlin mit Hilfe von Telefunken=Kurzwellensendern und Telefunken=Empfangsgeräten ein Telephongespräch von Java nach Buenos Aires, also auf eine Strecke über 23 000 Kilometer geführt, nachdem bereits seit einiger Zeit täglich Gespräche von Berlin nach Buenos Aires stattfinden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Rückwärts, rückwärts...

Arbeitgeber und Organisation der Krankenkassen.

SPD. Je eingehender sich die Fachleute mit der Denkschrift der Arbeitgebervereinigung zur Reform der Krankenversicherung beschäftigen, desto deutlicher offenbart sich, dass die Vereinigung der Öffentlichkeit mit ihrer Denkschrift eine sehr unreife Frucht vorgesetzt hat. Die Verfasser der Denkschrift haben zweifellos keinen klaren Plan für den von ihnen geforderten Umbau. Fest steht bei ihnen nur ihre Abneigung gegen das jetzige Krankenversicherungssystem. Diese Abneigung ist aber nichts Neues. Man durfte also schon erwarten, dass auch über kritische Bemerkungen hinaus die Arbeitgeber in ihrer Denkschrift wirklich konkrete und irgendwie diskutabile Reformvorschläge machen würden. Gerade daran fehlt es aber. Dass sie um die Arztfrage, d.h. um den wichtigsten Punkt des Sparproblems, wie die Katze um den heissen Brei herumgehen, ist von der Presse der Vereinigung bereits bescheinigt worden. Aber auch in der Organisationsfrage hat sich die Vereinigung mit ihrer Denkschrift ein arges Armutszeugnis ausgestellt.

Die Organisationsfrage ist in erster Linie eine versicherungstechnische und sozialpolitische Angelegenheit. Rationalisierung und Zusammenfassung der Kräfte sind Tendenzen, die heute in der Wirtschaft sich überall durchsetzen, zum Teil auch gegen den Willen der Beteiligten. Sie werden sich auch in der Krankenversicherung durchsetzen. Wer sie, wie es die Vereinigung tut, auf das politische Gebiet zerrt, fördert sie nicht. Die Vereinigung macht sich zum Anwalt der Zersplitterung und Kräftevergeudung. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, die Entwicklung der Sonderkrankenkassen zu fördern, d.h. der Betriebs- und Innungskrankenkassen. Vor allem hat sie die Betriebskrankenkassen in ihr Herz geschlossen. Aber schliesslich kann doch nicht für sämtliche Betriebe in Deutschland eine Betriebskrankenkasse errichtet werden. Viele Arbeitgeber, wahrscheinlich die wirtschaftlich schwächeren, werden übrig bleiben, und mit ihnen die meisten schlechten Risiken der Krankenversicherung. Mit diesen Risiken lässt sich natürlich eine leistungsfähige Krankenversicherung nicht organisieren. Wenn es nach dem Vorschlag der Arbeitgeber geht, dann bleibt neben den Betriebskrankenkassen nur noch so etwas wie eine Gemeindekrankenversicherung der Armenfürsorge früherer Zeit übrig. Über die Sonderkassen hinaus will die Vereinigung allgemein den Gedanken des berufsständischen Ausbaus der Krankenversicherung entwickeln. Was dabei herauskommen soll, ist einstweilen noch ihr Geheimnis. Bisher haben die Vertreter der Ersatzkassen, die dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten nahestehen, solche Auffassungen vertreten, wobei die Angestellten als Berufsstand aufgefasst werden. Will die Vereinigung - so fragen die Sachkenner - für alle möglichen Arbeiter- oder Angestelltenberufe eine Krankenkasse errichten oder örtlich für jeden Beruf eine solche Krankenkasse oder will sie nach dem Muster der besonderen Ortskrankenkassen für besondere Gewerbebezüge oder für mehrere Gewerbebezüge örtlich oder zentral besondere Krankenkassen? Anscheinend hat die Vereinigung keine konkreten Vorstellungen von ihren organisatorischen Zielen. Man sieht nur, was sie nicht will. Das sind die grossen

zentralisierten allgemeinen Ortskrankenkassen. Die sollen zerschlagen werden, obwohl sie die Pioniere eines sozialen fortschrittlichen Ausbaues der Krankenversicherung sind.

Da der Vereinigung hieb- und stichfeste Argumente fehlen, beschwört sie, um den Lesern ihrer Denkschrift wenigstens etwas zu bieten, das Sozialisierungsgespenst. Sie verweist auf einen Beschluss des Krankenkassentages in Hamburg vom Jahre 1924, worin im Interesse einer besseren Wirtschaftlichkeit der Krankenversicherung die Errichtung von Eigeninstituten als notwendig bezeichnet wird. Gedacht war dabei an Röntgeninstitute, Zahnkliniken, Badeanstalten und dergl. Dass das alles mit Sozialismus nichts zu tun hat, sieht man schon daran, dass hierin die Ortskrankenkassen dem Beispiel der Betriebskrankenkassen gefolgt sind. Diese waren die ersten, die Ambulatorien, Kliniken und dergl. errichteten. Das gleiche gilt von der Heilmittelversorgung. Auf dem Gebiet der Selbstabgabe gingen die grossen Betriebskrankenkassen bahnbrechend voran. So lange es den Bauern, Handwerkern und Kaufleuten nicht verboten ist, durch genossenschaftlichen Zusammenschluss wirtschaftliche Vorteile zu erzielen, so lange wird es auch den Krankenkassen nicht verboten werden können, gleiche Wege zu gehen. Im übrigen sollen doch die Krankenkassen nach der Forderung der Vereinigung sparen. Also sind sie doch verpflichtet, möglichst preiswert einzukaufen und möglichst rationell zu wirtschaften. Die Kassen sollen die Heilmittel kostenlos abgeben. Dafür zahlen die Patienten ja ihre Beiträge. Auf der einen Seite will die Vereinigung die Beiträge senken, und auf der andern versperrt sie den Kassen den Weg zu Ersparnissen.

Die Beiträge haben es der Vereinigung angetan. Sie wettet dagegen, dass verschiedene Ortskrankenkassen in den letzten Monaten die Beiträge erhöht haben. Sie vergiesst, dass das nicht zuletzt eine Auswirkung der Beschlüsse zur Arbeitslosenversicherung ist, durch die der Krankenversicherung 30 Millionen RM weggenommen wurden. Ein Glück, dass der Winter verhältnismässig milde war und infolgedessen die Kassen nicht so stark in Anspruch genommen wurden; denn sonst wäre die Zahl der Beitragserhöhungen wesentlich höher. Die Vereinigung will die Beitragsprozente herabsetzen. Die Vorkriegszeit hielt einen Satz von 4%, der längst überschritten ist, für abnorm hoch. Will man zu diesem zurück, dann bedeutet das Leistungen nach dem Stand von 1913, d.h. ein Krankengeld von 2,50 Mark täglich, keine Familienhilfe, keine nennenswerte Wochenhilfe, keine Strahlenbehandlung, keine Röntgendiagnostik, keine Erholungsheime. Leute, die so etwas ernsthaft anstreben, sind Narren oder Verbrecher, aber keine sozialpolitischen Reformer.

SPD. Am Mittwoch wurden auf dem Verbandstag des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamten-Verbandes der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet. Aus den Berichten war zu entnehmen, dass die Mitgliedziffer um rund 50% und das Vermögen um RM 12 000.- gestiegen ist.

In der weiteren Beratung wurden die Anträge behandelt, die eine Verbesserung der Rechtslage der Beamten und der Besoldung erstreben. Die Vorstandswahl ergab, mit geringer Änderung, die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder

SPD. Der Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes hat den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gebeten, die Anwerbung von Arbeitern nach Elsass-Lothringen durch Vereinbarung besonderer Richtlinien zu ordnen. Zur Zeit lässt die Arbeitsvermittlung nach Elsass-Lothringen noch viel zu wünschen übrig. Es besteht noch kein Gegenseitigkeitsvertrag mit dem französischen Bauarbeiterverband, der die gewerkschaftsorganisatorischen Verhältnisse der in Elsass-Lothringen beschäftigten deutschen Bauarbeiter regelt.

Einstweilen müssen daher die Bauarbeiter bei Arbeitsangeboten nach Frankreich noch grosse Vorsicht walten lassen. Lohn, Arbeitszeit und Unterkunft sind noch unregelt. Die Anwerbung von Arbeitskräften zu Reparationsarbeiten ist dem Unternehmer überhaupt verboten. Das hier in Frage kommende einzige Arbeitsamt ist Köln.

Wer in Frankreich arbeiten will, muss neben einem Pass mit einem Arbeitsvisum ein Gesundheitsattest von einem besonders dazu bestellten Arzt in Trier beibringen. Die Hauptsache ist aber, dass man im Besitz eines Arbeitsvertrages mit einem französischen Unternehmer ist. Für Luxemburg ist nötig ein deutscher Reisepass, ein polizeiliches Führungszeugnis, ein Gesundheitszeugnis und ein Arbeitsvertrag. Wer ohne diese Papiere an die Grenze kommt, wirft sein Geld zum Fenster hinaus. In Luxemburg waren nicht 3000, sondern nur etwa 200 Arbeitsstellen für Bauarbeiter aller Art zu besetzen. Diese Stellen sind bereits restlos von der Grenzbevölkerung besetzt. Auch in den Grenzgebieten gibt es viele Arbeitslose, gelernte und ungelernte Arbeiter, und die Blockierung des saarländischen Arbeitsmarktes durch die Regierungskommission des Saargebietes hat neuerdings die Arbeitslosigkeit unter der Grenzbevölkerung im Westen noch vermehrt.

SPD. Die rigorose Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten wird auch im Jahre 1930 keine Milderung erfahren. Der europäische Einwanderer wird drüben von Jahr zu Jahr unbeliebter. Beim Bundessenat lagen nicht weniger als drei Gesetzanträge vor, die sogar eine Registrierung von Nichtbürgern verlangen. Mit allen möglichen Mitteln wurde dafür Stimmung gemacht. Die Registrierung wurde mit der Notwendigkeit besserer Kontrolle über die einwandernden Elemente und ihre Arbeitsbedingungen begründet. In Wirklichkeit erstrebt man jedoch etwas ganz anderes. Der Einwanderer soll eingeschüchtert und zu einer gefügigen, kritiklosen Arbeitskraft erzogen werden. Das über ihm hängende Damokles-Schwert der Ausweisung soll ihn zahm machen. Die Registrierungsverfahren wurden auf der vom Senatskomitee veranstalteten Konferenz der Sachverständigen, die zu den Anträgen gehört wurden, von dem Sprecher des amerikanischen Herrenschniderverbands, also einer wegen ihrer Stärke und Geschlossenheit sehr wichtigen Organisation, folgendermassen geschildert: "Der Einwanderer werde stets das Gefühl haben, von der Polizei heimlich bespitzelt zu werden. Infolgedessen werde er sich weder einem Verband anschliessen, noch an einem Kampf gegen das Unternehmertum teilnehmen. Der auf ihm lastende Druck mache ihn leicht zum Streikbrecher.

Die Registrierungsanträge sind bis jetzt nicht durchgegangen. Damit ist die Gefahr jedoch nicht vorüber. Nicht Übervölkerungsangst, sondern die Furcht vor dem Sozialismus und ausgeprägten gewerkschaftlichen Tendenzen ist es, die das Unternehmertum den Registrierungsplänen geneigt macht. Übervölkert sind die Vereinigten Staaten noch lange nicht. In ihnen kommen 13,5 Einwohner auf die Quadratmeile, gegen 135,5 in Deutschland, 187,5 in England, 200,7 in Holland und 245 in Belgien. Die Furcht vor dem Aufstieg der Arbeiterklasse ist die Ursache des Rufs nach schwarzen Listen für die Einwanderer.

SPD: Griechenland hat zur Zeit rund 150 000 Arbeitslose. Die Zahl der arbeitslosen Tabakarbeiter ist noch immer im Steigen begriffen. Die Gewerkschaften fordern gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung.



Landarbeiternot.

(Von unserem nach Ostpreussen entsandten Sonderberichterstatter.)

SPD. Königsberg, 15. April (Eig. Ber.)

Die Gattung der Grundeigentümer in Ostelbien setzt sich aus Besitzern, Gutsbesitzern und Rittergutsbesitzern zusammen. Jeder von ihnen ist "Gnädiger Herr". Der Rittergutsbesitzer ist ein Mann mit etwa 700 bis 3000 preussischen Morgen; er repräsentiert im allgemeinen den agrarischen Mittelstand. Was darüber geht, stellt die Aristokratie dar. Auch zwischen dem Besitzer und dem Gutsbesitzer bestehen deutliche Unterschiede. Sie werden jedoch schwächer herausgestellt; es handelt sich gewissermassen um Unterschiede unter Gleichen; nur steht fest, dass die kleinen Besitzer bis 20 Morgen gesellschaftlich keine Nummer haben.

Ganz zu unterst auf der sozialen Stufenleiter steht der Landarbeiter, mit dem Kainzeichen des Enterbten, der Landlosigkeit behaftet. Seine wirtschaftliche Bedeutung und seine soziale Stellung stehen im schärfsten Kontrast. Der Landarbeiter ist in Ostelbien wichtigster Produktionsfaktor und im Grossbetrieb ist er die Voraussetzung für die Produktion schlechthin. Deshalb ist die Landarbeiterfrage in Ostelbien in vielfacher Hinsicht die Agrarfrage überhaupt. Dieser Produktionsfaktor rangiert als Sozialfaktor trotz Auflösung der Gutsbezirke und trotz Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts unter Null. Es ist ihm nicht gelungen, dem öffentlichen Leben sein Denken und Fühlen, seine Physiognomie aufzuprägen. Die Gutshörigkeit ist zwar formell beseitigt, aber der Gutsarbeiter kann weder einen Brief abschicken, noch einen Brief empfangen, er kann weder seine Verwandten besuchen, noch sich von seinen Verwandten besuchen lassen, ohne dass der "Herr" oder die "Gnädige Frau" oder die "Mamsell" das weiss und erfährt. Ist ihm Unrecht geschehen - und das geschieht sehr oft - man braucht er die Hilfe der Polizei, des Arbeitsrichters, des Zivilrichters oder des Strafrichters, dann kann er kaum vom Hofe wegkommen, um seinen Klageantrag mündlich anzubringen. Schreibt er aber einen Brief, dann ist er so oder so erledigt. Entweder macht man ihm das Leben so sauer, dass er von selbst geht, oder er wird zu einer Handlung aufgestachelt, die Grund genug zu sofortiger Entlassung, am besten unter sofortiger Räumung der Wohnung, ist. Damit gibt der Kläger alle Beweisstücke in die Hand seines Gegners und mit den Beweisstücken auch die Zeugen, die dann ausschliesslich unter dem Einfluss des "Gnädigen Herrn" stehen. Das ist die soziale Lage der Deputanten. Sie sind Parias, obwohl sie das eigentliche Rückgrat der Produktion in den landwirtschaftlichen Grossbetrieben Ostelbiens sind.

Im einzelnen zeigen sich selbstverständlich Differenzierungen, je nachdem es sich um Deputanten, Freiarbeiter oder ledige Knechte oder Mägde handelt. Im grossen und ganzen trifft die obige Schilderung auf das ostelbische Arbeitsverhältnis, dessen wesentliche Bestandteile Werkwohnung und Naturalentlohnung sind, zu. Es ist z.B. von Bedeutung, dass in Ostpreussen zur Zeit 4500 Werkwohnungen leer stehen; darunter allerdings ca. 2000 "abgängige". Das beweist nur, dass der Landarbeiter aus dem Hörigkeitsverhältnis herauswill. Das Streben ist darauf gerichtet, ein Eigenheim zu erhalten. Gelingt ihm das nicht, dann wandert er ab. Wir haben in unseren 7 Ostprovinzen rund 218 000 Deputanten-

familien. Von denen haben gegenwärtig etwa 20 000 ein Landarbeitereigenheim. Rund 200 000 Familien mit 600 000 bis 800 000 Kindern müssen darauf verzichten und sie verzichten damit auf die persönliche und soziale Freiheit. Man hat die Bedeutung des Landarbeitereigenheims in weiten Kreisen Deutschlands sicherlich noch nicht erkannt: erst das Landarbeiterheim beseitigt die letzten Reste der Gutshörigkeit. Das Landarbeiterheim ist auch nicht ausschliesslich soziale Angelegenheit, wie es immer dargestellt wird. Es dürfte sich allmählich herumgesprochen haben, dass die landwirtschaftliche Rationalisierung, in deren Rahmen der Ochsenknecht zum Maschinisten wird, nicht ohne den Landarbeiter durchzuführen ist. Will man die Leistung pro Kopf auf dem Lande steigern, dann muss die Arbeitskraft auf dem Lande mobilisiert werden. Sie kann aber nur mobilisiert werden, wenn sie verselbständigt wird. Sie muss aus den Fesseln der Gutshörigkeit heraus.

Besondere Schwierigkeiten scheinen sich in diesem Jahr der Förderung des Landarbeiterwohnungsbaus aus den Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge entgegenzustellen. Die bisher für diesen Zweck bereitgestellten Mittel sind ausserordentlich eingeschränkt worden. Es ist deshalb zu befürchten, dass merkliche Fortschritte auf diesem Gebiet aus Mangel an Mitteln nicht möglich sind. Die Nachteile liegen auf der Hand. Hier kommt nicht nur die immer stärker werdende Landflucht in Frage, sondern auch Hemmungen in der Umstellung auf das Freiarbeiterverhältnis. Dem Reich stehen zur Zeit für sämtliche aus Mitteln der Arbeitslosenfürsorge zu fördernde Massnahmen 55 Millionen Mark zur Verfügung. Von denen sind 20 Millionen bereits durch Vorbelastung und frühere Bewilligungen verbraucht. Preussen rechnet für das Jahr 1930 mit einem herabgesetzten Jahresbauprogramm von 1000 Werkwohnungen und 5000 Eigenheimen. Bei einem durchschnittlichen Förderungsbetrag von 5000 bzw. 7000 Mark je Wohnung sind dafür rund 40 Millionen Mark erforderlich. Es liegt auf der Hand, dass mit diesen Mitteln nichts Rechtes geschaffen werden kann. Angesichts dieser Gefahr muss gefordert werden, dass zumindestens dieselben Mittel zur Verfügung gestellt werden wie im Vorjahr. Man muss auch bedenken, dass durch eine solche Förderung die anderen Provinzen entlastet werden, die selbstverständlich unter der Landflucht leiden.

Man mache die Landarbeiter im Osten sesshaft! Dann werden sie nicht als Lohndrücker und Anwärter auf Wohlfahrtsunterstützungen nach den Industriegebieten abwandern.

SPD. Das Statistische Reichsamt gibt die Wareneinfuhr nach Deutschland (reiner Warenverkehr) für den Monat März mit 883,6 Millionen an gegenüber einer Ausfuhr von 1103,9 Millionen Mark. In der Ausfuhr stecken für 61,23 Millionen Mark Reparationssachlieferungen. Die tatsächliche Einfuhr wird vom Statistischen Reichsamt infolge des noch nicht gemeldeten Zollabrechnungsverkehrs um 50 Millionen Mark höher angenommen. Der Aktivsaldo der deutschen Handelsbilanz beläuft sich für den Monat März auf rund 170 Millionen Mark. Für das erste Vierteljahr 1930 ergibt sich damit nach Berücksichtigung der durch die Zollabrechnungen erforderlichen Korrekturen ein Ausfuhrüberschuss des deutschen Aussenhandels von rund 230 Millionen Mark. Die Entwicklung der Hauptposten der Bilanz ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

	<u>März 1930</u>	<u>Februar 1930</u>	<u>März 1929</u>	<u>Monatsdurchschnitt 1929</u>
	(in Millionen Mark)			
Reine Wareneinfuhr	883,6	981,6	1023,4	1120,6
Reine Warenausfuhr	1104	1026,3	981,9	1123,6
Lebensmitteleinfuhr	213,6	278,4	262,9	318,6
Rohstoffeinfuhr	493,4	523,8	562,9	600,4
Fertigwarenausfuhr	833,5	755,9	709,4	819,4

Vor allem hat sich der Fertigwarenexport weiter nach oben entwickelt. An der vermehrten Einfuhr im März sind Pelze und Pelzwaren, Maschinen, Textilien, Eisen und Eisenwaren, baumwollene Gewebe usw. beteiligt. Die Rohstoffeinfuhr ist zurückgegangen. In der Hauptsache war daran die Einfuhr von Mineralölen beteiligt. Das Statistische Reichsamt gibt den Rückgang mit 23,3 Millionen Mark an. Er dürfte aber, da diese Angabe von der Zollabrechnung beeinflusst wird, nicht so gross sein. Mehr eingeführt wurden Oelfrüchte und Oelisaaten.

SPD. Unter den Metallen hat das Kupfer seinen Preis hoch über Friedensstand halten können, obwohl die Rationalisierung in der Kupfererzeugung zu einem starken Druck auf die Gesteungskosten geführt hat. Vor Jahresfrist entfachte das Internationale Kupferkartell, das in der Hauptsache von den Amerikanern beherrscht wird, eine beispiellose Preishausse, die den Kupferpreis pro englisches Pfund weit über die 20=Cents=Grenze trieb. Der Preis konnte dann trotz zurückgehenden Verbrauchs lange Zeit auf etwa 18 Cents gehalten werden. Jetzt hat sich das Kupferkartell dazu bequemt, den Preis von 18 auf 14 Cents herunterzusetzen. Damit vollzieht sich eine der bemerkenswertesten Preiseinbrüche, der schliesslich nur beweist, dass auch bei strengster Kartellierung ein übersteigter Preis nicht zu halten ist. Man sollte aus den Vorgängen in der Kupferindustrie lernen.

Der Preiseinbruch beim Kupfer erklärt sich aus der ständig gewachsenen Differenz zwischen Erzeugung und Absatz. Die Erzeugung betrug in Nordamerika, vorläufig noch dem wichtigsten Kupferland, im März 1929 etwa 165 000 Tonnen. Sie ging bis März 1930 auf 127 000 Tonnen zurück. Zu gleicher Zeit senkte sich aber auch die Ausfuhr von 60 000 auf 30 000 Tonnen und der Inlandsabsatz von 105 000 Tonnen auf nicht ganz 74 000 Tonnen. Das hatte zur Folge, dass die Bestände von 53 000 Tonnen auf 256 000 Tonnen wuchsen. Das Internationale Kupferkartell hat angesichts dieser Lage starke Einschränkungen durchgeführt, die aber nicht den gewünschten Erfolg hatten. Im Monat März überstieg die Erzeugung den Absatz noch um etwa 22 %. Das ist wohl der letzte Grund zu der Preisermässigung durch das Internationale Kupferkartell gewesen. London hatte aber bereits vorher zu niedrigerem Preis gehandelt. Ohne Zweifel werden die gesunkenen Profite zu einer Stilllegung von Werken führen. Das Kupferkartell dürfte mit seiner Preispolitik auch darauf abzielen.

Mit der Heruntersetzung der Kupferpreise ist auch eine lohnpolitisch sehr interessante Frage verknüpft. In vielen amerikanischen Kupferkonzernen haben die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ein Abkommen dahin getroffen, wonach die Löhne durch die Kupferpreise mitbestimmt werden. Man wollte dadurch die Arbeiter an den Sonderprofiten während der Hochkonjunktur beteiligen. Jetzt gibt diese Abmachung den Arbeitgebern die Möglichkeit, die Kosten des Rückschlags auf den Märkten auf die Arbeit abzuwälzen.

SPD. Die beginnende Baukonjunktur wirkt sich bereits auf den Zementabsatz aus. Der Versand wird für den Monat März mit 571 000 Tonnen angegeben gegenüber 294 000 Tonnen im Monat Februar. Insgesamt wurden im ersten Vierteljahr 1930 = 1,18 Millionen Tonnen abgesetzt gegenüber 0,69 Millionen Tonnen im ersten Vierteljahr 1929 und 1,5 Millionen Tonnen im ersten Vierteljahr 1928.

Mehlmarkt geschäftslos.

(Berliner Getreidebörse vom 16. April.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse lagen am Mittwoch die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte für Weizen um durchschnittlich 2 Mark höher. Roggen konnte zunächst nur für die späteren Sichten kleinere Preisgewinne erzielen, befestigte sich jedoch im Verlaufe der Börse weiter. Im Handel mit prompter Ware hatte Weizen gleichfalls bei geringem Angebot und guter Nachfrage feste Tendenz. Auch hier gingen die Preise um 2 Mark in die Höhe. Für effektiven Roggen war die Stimmung ruhiger. Aber trotz geringer Nachfrage konnten sich die Preise behaupten. Der Mehlmarkt blieb in Anbetracht der bevorstehenden Feiertage nahezu geschäftslos. Die Stimmung für Hafer hat sich gebessert, es liess sich etwas höhere Preise erzielen.

	15. April	16. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	264 - 267	266 - 269
Roggen	166 - 169	166 - 169
Braugerste	188 - 200	188 - 200
Futter- und Industrieroggen	175 - 187	175 - 187
Hafer	160 - 168	162 - 170
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,25-37,25	29,25-37,25
Roggenmehl	24,00-27,00	24,00-27,00
Weizenkleie	10,25-11,00	10,25-11,00
Roggenkleie	10,50-11,25	10,50-11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 279-279 $\frac{1}{2}$ (Vortag 277), Juli 289-289 $\frac{1}{2}$ (286 $\frac{1}{2}$), September 271-271 $\frac{1}{2}$ Geld (269 $\frac{1}{2}$). Roggen Mai 182 bis 182 $\frac{1}{4}$ (182 $\frac{1}{2}$), Juli 196 (194 $\frac{1}{2}$), September 203 $\frac{1}{2}$ -203 (203). Hafer Mai 181 $\frac{1}{2}$ bis 180 (178 $\frac{1}{2}$), Juli 191 $\frac{3}{4}$ -191 Brief (189), September 192 $\frac{1}{2}$ (193).

SPD. Die Reichsbahngesellschaft bezeichnet die Entwicklung des Güterverkehrs im Monat März als enttäuschend. Die tägliche Wagengestellung hat sich allerdings von 124531 im Monat Februar auf 131 300 im Monat März gehoben. Sie machte aber im März 1929 = 149 300 und im März 1928 = 150 698 aus. Obwohl sich der Personenverkehr gebessert hat, blieb er doch gegenüber dem Vorjahr zurück, was nur zeigt, wie schädlich Tarifierhöhungen sind. Herr Dorpmüller sollte aus der Entwicklung des Personenverkehrs doch die Lehre ziehen, dass höhere Preise noch nicht höhere Einnahmen bedeuten.

Die Einnahmen im Monat Februar, der noch in die Zeit der stärkeren Wirtschaftslähmung fällt, werden mit 340 Millionen Mark angegeben. Die Ausgaben machen 379 Millionen Mark aus, wobei man die strittigen Rück- und Reservestellungen der Reichsbahngesellschaft berücksichtigen muss. Jedenfalls errechnet die Reichsbahngesellschaft für die ersten beiden Monate des Jahres einen Einnahmeausfall von 55 Millionen Mark. Auf der Ausgabeseite habe man Sparmassnahme für das Personal- und Sachgebiet einleiten müssen, durch die insbesondere die Betriebs- und Verkehrsleistungen dem gesunkenen Verkehr angepasst werden sollen. Die Massnahmen werden nicht näher bezeichnet. Die Reichsbahngesellschaft beschränkt sich nur auf die Bemerkung, dass trotz der Sparmassnahmen "die im Februar entstandenen Ausgabeverpflichtungen immer noch die Einnahmen um 38,9 Millionen Mark überstiegen". Man merkt es dem Bericht an, dass er im Hinblick auf die Forderung nach einer neuen Tarifierhöhung aufgemacht ist.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 16. April 1930.

Der Trunkenbold.^x

Von Arkadij Awertschenko.

SPD. Den Gehsteig des Newskyprospektes entlang ging ein Herr mit sachten Schritten. Beim Passieren eines beleuchteten Friseurschaufensters winkte er drollig der Wachspuppe zu, stolperte über den dunklen Schatten einer Gaslaterne und blieb dann mit einem unbestimmten Lächeln stehen, in der Absicht, seine Uhr aufzuziehen. Mühsam versuchte er, seinen Hausschlüssel in den Uhrring hineinzustecken. Nach einigen Hin- und Herdrehen trabte er beruhigt weiter.

In seinem Hirn rumorte der trübe Gedanke, dass es gut wäre, den sich bei den Holzhaufen wärmenden Kutschern eine trostreiche Rede zu halten oder die Schnauze des bekümmerten Pferdes zu küssen oder etwas zu singen, damit alle Leute weinten. Der Herr blieb vor dem gusseisernen Löwen bei der Tür eines Warenhauses stehen und streichelte freundlich den kalten Rücken des Tieres. "Ganz erfroren, armer Kerl! Komm mit mir, du Narr, du!... Nun!?".... Da der Löwe seine höfliche Einladung unbeachtet liess, seufzte er auf, griff sich an den Kopf und ging taumelnd weiter. Er näherte sich jetzt langsam einem hellbe-leuchteten Caféhaus. Sein gutmütiges Lächeln verschwand plötzlich und machte allmählich, je weiter er vorwärts kam, einem Ausdruck des Schreckens und Zweifel Platz. Unweit des Einganges blieb er stehen, machte den Mund auf und mit vor Angst erstarrten Augen in den Himmel schauend lauschte er dem Summen der städtischen Strassenlaterne. "Mein Gott, mein Gott", flüsterte er, "was ist denn das? Es summt."

Zu seinem Erstaunen ging das vorbeispazierende Publikum gleichgültig weiter, ohne das dumpfe Summen zu bemerken. Dem Herrn wurde schwer zu Mute. Er packte plötzlich einen schwächlichen, kleinen Passanten an der Hand und führte ihn geheimnisvoll beiseite. "Was wollen Sie denn?" fragte der erstaunt.

"Sie... hören Sie denn nichts?"

"Garnichts. Was ist denn los?"

"Es summt."

"Was summt?"

"Hören Sie doch: Gu-u-u. Das ist ja entsetzlich!"

"Ist doch nichts dabei. Eine einfache Gaslaterne."

"Aber sie summt!"

"Das macht nichts. Hören Sie mal... Gehen Sie lieber schlafen!"

Der Herr schluchzte, klammerte sich an die Hand des Passanten und schrie: "Was? Sie lassen die Sache so gehen?"

"Was für eine Sache?"

"Es summt doch. O, Gott! O, Gott!!! Da summt es, und die Leute gehen gleichgültig vorbei. Tiere, Tiere... Urmenschen..."

Der Herr ging dann auf eine bejahrte Dame zu, packte sie am Kopfe und flüsterte ihr dicht ins Ohr: "Es summt. Hören Sie?" Die Dame schrie auf.

"Warum schreist du denn so? Du leichtsinnige Person!"

"Ich hole einen Wachmann."

"Richtig! Vielleicht wird die Regierung sich der Sache annehmen... Ich gehe selbst und hole einen Wachmann."

Der Herr machte dem Wachmann an der Ecke geheimnisvolle Zeichen: Er winkte mit dem Finger, blinzelte mit den Augen, schmatzte, blies die Wangen auf und zischelte: "Herr Wachmann, Herr Wachmann!"

"Was steht zu Diensten, Herr?"

"Bemerken Sie denn garnichts?"

"Was denn, Herr?"

"Es summt."

"Wo? Was?"

"Kommen Sie; ich zeig's Ihnen." Er führte den Wachmann nach der Gaslaterne zeigte hinauf und raunte: "Es summt."

"Stimmt. Die Laterne."

"Herr Wachmann! Warum summt sie?"

"Was haben Sie denn, mein Herr? Lassen Sie sie doch summen!"

"Herr Wachmann! Aber warum summt sie denn?"

"Gehen Sie sich ausschlafen!"

"Mein Lieber, ich kann die Sache nicht so auf sich beruhen lassen."

"Was werden Sie denn machen?"

"Ich fahre zum Bürgermeister... zu seiner Eminenz... Sie mögen sich der Sache annehmen. Es summt. Oh, ich Unglücksrabe!"

Der Wachmann ging fort, und der Herr blickte noch immer mit abgesspanntem, gequältem Gesicht nach der Laterne hinauf. Dann drohte er ihr mit dem Finger: "Du summt? Ich werde dir helfen....!"

Ein Fräulein ging vorüber: "Komm mit mir, mein Liebling!"

"Mein Schatz, ich kann nicht weggehen."

"Warum?"

"Wie werde ich denn die Gaslaterne im Stiche lassen?" Er begann lange und ausführlich dem Fräulein von den Ursachen zu erzählen, die ihn hier festhielten.

"Was geht es aber dich an, dass sie summt? Hast du noch nie eine Laterne gesehen?"

"Gott im Himmel! Niemand versteht mich. Sie summt doch. Verstehst du, so: gu=U=u..."

"Macht dir das Schmerzen?"

"Ich kann es nicht einfach auf sich beruhen lassen... begreif' mich doch: ich rühre niemanden an, gehe die Strasse ruhig entlang und auf einmal die Laterne: gu=U=u... Sie summt. Das hier ist doch eine Hauptstadt!"

"Dann bleib hier stehen, du Trottel du!"

Mit einem schelmischen Lächeln drohte ihr der Herr mit dem Finger, setzte sich auf die Stufen der Einfahrt und, den Biberpelz aufknöpfend, sagte er: "Ich kann das nicht auf sich beruhen lassen. Du summt? Summe, bis du perspringst! Ich werde hier sitzen bleiben."

Der Herr schlummerte ein. Die Gehsteige wurden leer; die Lampen erloschen. Und als die letzten Kaffeehausbesucher endlich hinausgegangen waren und dabei über den auf den Stufen liegenden Herrn schimpften - - - hörte die Laterne plötzlich auf zu summen. Sie blinzelte sonderbar, leuchtete noch ein Mal hell auf und versank dann in Finsternis.

"Aha!!" sagte der Herr mit einem Seufzer der Erleichterung, "nicht summen! Endlich!"

Der Herr lächelte, schnalzte mit den Fingern, und, nachdem er seinen Biberpelz zugeknöpft hatte, ging er mit taumelnden Schritten weiter des Weges, bis er in der grauen Dunkelheit der schlafenden Strasse verschwand.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Mark Twains Erscheinung.

Zu seinem 20. Todestag am 21. April.

SPD. Mit Recht gilt Mark Twain heute als der Klassiker des amerikanischen Humors. Seine Eigentümlichkeit liegt darin, dass er kein Pathos und keinen Bildungshochmut kennt. Sein Humor ist durchweg harmlos, aber nicht behaglich ausgebreitet, sondern mit einer schnellen, treffenden und zuweilen sarkastischen Pointierung. Noch bezeichnender ist sein unbewusstes Eingehen auf den amerikanischen gesunden Menschenverstand. Selbst in der scheinbar harmlosesten Erzählung klingt ein sozialkritischer Unterton durch; gewiss nicht grundsätzlich oder von einer hohen Warte aus, doch immer so, dass der Leser ihn selbstverständlich mitfühlt und seine eigene Ansicht bestätigt findet.

Der Lebenslauf Mark Twains war typisch amerikanisch. Schiffsjunge, Lotse, Journalist sind nur einige zufällig herausgegriffene Berufe. Bis zu seinem Tode war er immer journalistisch tätig, trotz aller Ehrungen, die ihn nach europäischen Begriffen mehr auf steife Würde hätte sehen lassen müssen. Dafür hätte er aber etwas Ähnliches, wie es heute etwa Bernard Shaw so anziehend und merkwürdig macht. Vom Durchschnittstandpunkt aus kann man es Marotten nennen. In Wirklichkeit jedoch waren es von einem übertragenden Geiste diktierte und nur scheinbar merkwürdige Eigenheiten. Von dieser Art Mark Twains könnte man sich heute nur schwer einen Begriff machen, wenn es nicht zeitgenössische Zeugnisse dafür gäbe. Eins der sonderbarsten dürfte die Schilderung des amerikanischen Pressezeichners P. Richards sein, veröffentlicht in einem längst verschollenen Buche "Zeichner und Gezeichnete", das nach einer gemeinsamen Überfahrt nach Europa entstand. Das Ganze ist eine typisch journalistische Arbeit, ohne irgendwelche literarischen Ambitionen, mit einem sehr deutlichen Eingehen auf den Zeitgeschmack, Mark Twain aber, wie er lebte und lebte, wird hier ungemein deutlich.

Mit seinem berühmten weissen Flanellanzug, dem Mark Twain aus "Reinlichkeitsgründen" propagierte und erstmalig bei einem Empfangsabend im "Weissen Haus" in Washington gezeigt hatte, beginnt es. Der Schriftsteller reiste im Juni 1907 nach London, um dort persönlich den Titel eines Ehrendoktors der Universität Oxford in Empfang zu nehmen. Der damals bekannte Zeichner, der ebenfalls nach Europa wollte, wurde von ihm gebeten, mit dem gleichen Schiffe zu reisen. Während dieser Überfahrt und auch in London zeichnete Richards den Alten verschiedene Male, nicht immer sehr schön, aber unbedingt charakteristisch. Ausserdem gab er genau alle seine Ansichten, Aussprüche und Eigenheiten wieder. Schon dass die Beiden ein mittleres Schiff nehmen, entspricht Mark Twains Motto: "Lerne reisen, ohne zu rasen!" Der Neugier der Mitreisenden entzieht er sich durchaus nicht scheu; er weiss, was er seinen amerikanischen Landsleuten, die seine Bücher lesen, schuldig ist. Bei Amateuraufnahmen nimmt er mit Vorliebe den Rechner hinzu. Eine dieser Aufnahmen unterschreibt er: "Zwei Humoristen mit Feder und Stift." Seine Lieblingsbeschäftigung jedoch war Schlafen und Räuchen. Mark Twain war ein Kettenraucher schwerster Zigarren. Wenn er oft am sonnenhellen Tage erklärte, dass er zu Bett ginge, so hiess das, im Bette liegend arbeiten und rauchen. Nicht selten musste Abends der Sekretär dem Eingeschlafenen die brennende Zigarre aus dem Munde nehmen. Zum nächtlichen Schlaf gehörte überdies noch ein besonderer Schlaftrunk "Toddy", den ihm sein Privatsekretär allabendlich mixen musste. Von der Güte des "Toddy" kann der Zeichner ein Lied singen. Er trinkt davon einmal zu viel und bekommt einen fürchterlichen Kater. Beim nächsten Male will er nicht mehr mitmachen und erklärt, dass er dem Alkohol abgeschworen hätte, worauf er von Mark Twain folgendes, für seine Art typisches Schreiben erhielt: "Abschwören macht zwar schlechten Schnaps nicht gut, aber es verbessert ihn immerhin (durch das lange Liegen)!"

Überhaupt sind Mark Twains Aussprüche immer eigenartig, witzig und nicht selten voll philosophischer Tiefe. Er liebte die Kinder und wurde nicht müde,

ihnen Bilder und Autogramme zu schenken. Als aber einmal nach einem Wohltätigkeitsfest an Bord des Schiffes eine Dame ihn etwas unverschämt um ein Autogramm auf einer ersteigerten Karte bat, mit dem Bemerkung, er möge nur ein Wort schreiben, weil er doch einer Dame nichts abschlagen dürfe, da schrieb er kalt lächelnd: "One word. Mark Twain."

Gegen die damals schon vertretene Ansicht vom klassischen Charakter seiner Bücher wehrte er sich mit gesunder Entschiedenheit: "Klassisch ist ein Buch, das jeder lobt, aber keiner liest!" Humorvoll erklärt er, dass die vielen Falten im Gesichte des Menschen vom Lachen kämen. Seine Lebenskenntnis und Welt-erfahrung drückt sich in dem von treffender Ironie getragenen grundsätzlichen Bekenntnis aus: "Die Wahrheit ist das kostbarste Gut des Menschen. Darum sollten wir sparsam damit umgehen."

Die ganze Erscheinung Mark Twains wird durch solch ein zufälliges Zeugnis und durch das unpathetische Zusammentragen von Einzelzügen deutlicher, als wenn man ihn allein auf Grund seiner Bücher kennen lernen will. Er war ein typischer Yankee von der besten Sorte. Das Schicksal, so klassisch zu werden, wie er es befürchtete, ist zwar auch seinem Werke nicht erspart geblieben. Immerhin aber hat sich doch manche seiner Schilderungen bis in die Gegenwart lebendig erhalten, wie auch an seiner Gesamtbedeutung für das amerikanische Schrifttum nicht zu rütteln ist.

Otto Brattskoven.

Panzerkreuzer B.

Viel mehr als Arbeit, Wohnung, Brot
Braucht Deutschland seinen Panzer B.
Stolz weht die Flagge schwarzweissrot
Für unser Geld auf hoher See!

Wir schwimmen ja im Ueberfluss.
Wo soll man hin mit diesem Geld,
Das sonst vielleicht verschimmeln muss?!...
Man setzt ein Schifflein in die Welt! -

Für Industrie und Hochschutzzoll
Ist nun das Möglichste getan.
Jetzt tritt - was man verstehen soll -
Die deutsche Seemacht auf den Plan!

Denn, was der Masse zugedacht
An Steuern, mannigfach und schön,
Wird hier zu Panzerstahl gemacht,
Um dann im Hafen beizudreh'n.

Hat auch das Spielzeug keinen Zweck,
Man hat doch seine Pflicht erfüllt.
Ein echter Käptn steht auf Deck.
Im Geist wird wieder wer gekillt.

B. ist schon eine Messe wert.
Da fällt das ganze Zentrum um,
Und auch Herr Dietrich zieht sein Schwert;
Sonst schlösse man den Frevler krumm.

Wir aber hungern stolzgeschwellt
Und leeren unser Portemonnaie
Für Deutschlands Anseh'n in der Welt
Und Gröners Panzer A, B, C.....
Klaus Kernbeisser.

Wörtlich genommen.^x

SPD. "Ich dünkte doch...", sagte Lulu, die Stenotypistin.
"Sie haben überhaupt nichts zu denken. Sie haben aufzuschreiben, was ich sage, verstehen Sie, und weiter nichts!"
An diesem Tage wurde dem Chef folgender Brief zur Unterschrift vorgelegt. Geschrieben von Lulu, der Stenotypistin, nach seinem eigenen Diktat:
"Sehr geehrter Herr Muckepicke! Ich möchte bloss mal wissen, wie man Muckepicke heissen kann. Ich bestätige bestens dankend den Eingang Ihres Geehrten vom soundsovielten soundsovielten; da müssen Sie mal nachgucken und das Datum einsetzen. Und müssen wir uns doch sehr wundern, dass Sie uns mit derartigen Vorschlägen kommen; nach wundern setzten Sie ein Komma, verstanden! Aehemm, ähemm, ähemm. Wir haben bisher grössten Wert auf eine Geschäftsverbindung mit Ihnen gelegt, und hoffen, dass Sie das auch anerkennen. Unterstreichen Sie grössten! Es wird uns auch fernerhin eine Ehre und ein Vergnügen sein, mit Ihnen zu arbeiten. Schönes Vergnügen, mit derartigen Gaunern etwas zu tun zu haben! Doch möchten wir Sie höflichst ersuchen, sich streng an die Punkte unseres Vertrages zu halten! Schieben Sie mir mal den Aschenbecher rüber! Streichhölzer sind wohl schon wieder alle; eine verdammte Schweinerei ist das; nicht mal Feuer hat man in seinem eigenen Büro! Na, was soll ich den Rindviechern noch schreiben? Schreiben Sie: Hochachtungsvoll Emil Schneider & Co."

K.M.

Blutgerinnung.^x

SPD. Bisher war es unmöglich gewesen, irgend eine ausreichende theoretische Erklärung für die Gerinnung des Blutes zu finden; erst neueste Forschungen in der Medizinischen Klinik der Universität Freiburg i.Br. sind dem Problem erheblich näher gekommen. Die Gerinnungsfähigkeit des Blutes spielt eine für das Leben ausserordentlich wichtige Rolle: Ohne sie müsste jede kleinste Wunde tödlich sein, da das Blut, das unter einem beträchtlichen Druck im Körper kreist, herausgepresst werden würde, wenn es nicht selbst für ein Verkleben der Wunde sorgen würde. Gerade darin liegt ja die Ursache der dauernden Lebensgefahr, in der sich die "Hämophilen", die Bluterkranken, befinden, dass jede an und für sich unbedeutende Wunde ein Auslaufen der Blutgefässe, "Verbluten", hervorrufen kann.

Die Analyse des Blutes solcher Hämophilen hat nun ergeben, dass ihr Blut sehr viel Fluor enthält, und zwar 30 bis 35 Milligramm im Kilogramm Blut, während ein Kilogramm gesunden Blutes nur etwa zwei bis drei Milligramm Fluor besitzt. Uebrigens gibt es Tiere, die von Natur her ebenfalls zur "Hämophile" neigen, so z.B. Gänse; auch bei der Analyse ihres Blutes fand man einen überraschend hohen Fluorgehalt. Demnach scheint das Fluor die Ursache der verhinderten Blutgerinnung zu sein.

Fluor ist ein chemisches Element, das vor allem im Meer- und Flusswasser

aber auch in der Ackererde, vorkommt; von hier gelangt es in gewöhnlich sehr geringen Mengen in den Organismus der Pflanzen und Tiere. Das Fluor wirkt dadurch auf die Blutgerinnung ein, dass es die Bildung von Milchsäure im Organismus verhindert oder zumindest verzögert. Die Milchsäure ihrerseits wirkt auf die Plasma-Eiweisskörper des Organismus ein, indem es sie aus einem kolloidalem Zustande (d.h. einem scheinbar gelösten Zustande, der aber in Wirklichkeit eine sehr feine Verteilung schwimmender ungelöster Substanzen ist; Milch z.B. ist eine solche kolloidale Lösung, woraus sich auch ihre Gerinnung erklärt) in einen gelatineartigen geronnenen überführt. Hoffentlich führen die Forschungen zu weiteren für die Medizin verwendbaren Ergebnissen!

Empfindungen beim Flugzeugabsturz.^x

SPD. Eine interessante Schilderung der Empfindungen beim Flugzeugabsturz gab kürzlich der italienische Flieger Adone Nosari, der bereits vier Stürze mit der Flugmaschine durch eine glückliche Fügung des Schicksals überleben durfte. Er erzählte im "Mattino" von seinem Sturze während des toskanischen Fluges von Lucca, bei welchem er den Flieger Marra als Mitfahrer begleitete.

"Das Flugzeug war bereits emporgestiegen und glitt im sicheren Fluge zwischen langsam hinziehenden Wolken den Gebirgskuppen von San Giuliano entgegen. Plötzlich will mir scheinen, als ob der Apparat bedenklich zu wanken beginne. Wir fliegen 100 Meter über dem Boden, und ich sehe, wie die Wiese unter uns rasch emporzusteigen scheint. "Wir stürzen", sage ich mir, und ich fühle: dieser Wind, der da aus der Tiefe emporzuschlagen scheint, ist der Wind des Todes. Die Tragödie, die sich nun vollziehen muss, wirkt nur einen Augenblick auf meine Nerven, und ich frage mich: "Werde ich's überleben oder nicht?" Und doch, auch im Beichtstuhl müsste ich bekennen: in jenem Augenblicke geistiger Todesangst erschien mir der Tod beinahe wie etwas wunderbar Erwünschtes. Mein Auge gleitet nach rechts und nach links und befragt die allernächste Zukunft, während das Ohr schon das Getöse des Aufpralles erwartet. Die Maschine stürzt ohne Schwanken mit herabgebeugter Seite. Es ist aus, Leben, fahr wohl! Der Pilot zerrt vergeblich mit der Rechten am Hebel, mit der Linken schlägt er sich in Verzweiflung gegen die Stirn, während ich, fest in das Gehäuse eingeklammert, mit klopfendem Herzen warte. Endlich schlägt die Maschine auf. Eine unsichtbare Hand scheint mich am Nacken zu packen und schleudert mich gegen den Körper Marra's, der seinerseits nach vorn geworfen wird. Ein paar Sekunden bin ich betäubt, dann erwache ich, befreie mich von den Trümmern und Drähten. Marra liegt mit blutendem Gesichte wie tot. Ich rufe ihn, schüttle ihn, und dann ist auch schon die lärmende Menge um uns. Wir waren beide verwundet, aber wir lebten..."

SPD. Der Kollege.^x Der berühmte englische Schauspieler Garrick wurde einmal auf der Strasse von einem Vorübergehenden mit "Hallo, Kollege!" angerufen. Garrick blieb stehen und musterte den Mann, der ihm völlig unbekannt war. "Wieso bin ich Ihr Kollege?" fragte er schliesslich.

"Na, aber erlauben Sie mal, alter Junge! Wir haben doch so oft zusammen gespielt!"

"Wir? In welchem Stück denn?"

"Na, in "Hamlet" zum Beispiel! Da machten Sie immer den Hamlet, und ich spielte den Hahn, der hinter der Bühne kräht..."
